

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Amtlich in Bochum, Wilmethauer Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: VBerband Bochum.

Mit durchschnittenen Sehnen an der Kette Roms!

Am 26. November 1912 haben die „Christenführer“ in Essen eine „großartige“ Demonstration komödies veranstaltet, um Stellung zu nehmen zur päpstlichen Enzyklika „Singulari quadam“ vom 24. September 1912, und „Markeit“ zu schaffen, wobei manches „mannhafte Wort“ gefallen ist, aber es herrschte am Schluß der Komödie noch weniger Klarheit als zu Anbeginn. Als Johann Giesberts, der „alte Praktiker“ und „herrliche Sohn von Strachlen“, die Schlussrede hielt und darin den „vollen Sieg“ über die „Berliner Zuträuber“ und damit über Rom feierte, und als die „christlich-nationalen“ Delegierten dann in „frisch-fröhlicher Stegesstimmung“ Deutschland, Deutschland, über alles“ fangen, da sah der „christlich-nationale“ Obergeneral Stegerwald, der „mar-kanteste Kopf“ der ganzen „Christenführer“, abseits in einer Ecke und weinte! Wo alles lachte, die ganze „Christenführer“ jubelte, wo der Freuden- und Siegesgesang den Saal durchdröhnte, die Enzyklika durch eine „Interpretation“ beseitigt, wo alle Berliner Wölfe verschnüht waren und die M.-Glabbacher Sonne hellstrahlend am Himmel die Siegesbahnen der „Christen“ beleuchtete, da sah Stegerwald in einer Ecke und weinte! Er, der diese „Siegesstimmung“ erzeugt, der gegen die „Berliner Zuträuber“ und gegen die Enzyklika geredet, der die „Interpretation“ der Bischöfe erhalten und verlesen hatte, der diese genau kannte und wußte, unter welchen Bedingungen sie zustande gekommen oder erkaufte worden war, hörte in dem „Siegesgesang“ den Grabgesang für die „christlichen“ Gewerkschaften, der ihm so schauerlich klang, daß er weinen mußte!

Wir haben wiederholt betont, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche, daß die Bischöfe und der Klerus niemals zurückweichen vor den interkonfessionellen „christlichen“ Gewerkschaftssekretären und daß es einfach absurd ist, auch nur an die Möglichkeit zu glauben, die Kirche werde die Enzyklika zurückziehen und sie anders „interpretieren“, wie der Papst befiehlt. Die Macht der Kirche beruht auf der absoluten Unterwerfung, dem blinden und unbedingten Gehorsam aller Gläubigen unter den unfehlbaren Willen des Papstes, gegen dessen Gebot es keinerlei Widerspruch gibt. Das wußte Stegerwald und er wußte auch, daß die „Christenführer“ sich den Geboten der Enzyklika bedingungslos unterworfen hätten, ehe sie nach Essen zur Komödie fuhren, aber die Mitglieder, der irreguläre Lehrgang durfte das nicht wissen! Stegerwald kennt die Macht der Kirche, er weiß, daß die Kurie nicht zurückweicht, sondern unentwegt festhält an ihrem Machtgebot, er weiß auch weiter, daß es den „Christenführern“ nicht möglich sein wird, den Mitgliedern auf die Dauer das unwürdige Abhängigkeitsverhältnis zu verheimlichen, und darum weinte er! Er weinte, weil er den Mut nicht hatte, den „christlichen“ Arbeitern die Wahrheit zu sagen, weil er nicht die nötige Willenskraft und Charakterstärke besitzt, sich loszureißen und den Weg eines offenen und ehrlichen Arbeiters zu wandern! Sein Wollen als Generalsekretär, vielleicht auch sein Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung, mögen ihn veranlassen haben, bedingungslos unter das vatikanische Joch zu kriechen, sich ohne Murren mit seinem ganzen „christlich-nationalen“ Anhang an die römische Kette legen zu lassen!

In den „christlich-nationalen“ Gewerkschaftsblättern wurden nach wie vor recht laute und radikale Töne angeschlagen. Der „Bergknappe“ schrieb in der Nr. 47 vom 23. November:

„Unsere Bewegung bleibt, was sie bisher war. Es wird nichts geändert. Wir richten uns auch in Zukunft nach den von unseren Generalversammlungen und den christlichen Gewerkschaftskongressen festgelegten Grundsätzen...“

Behrens donnerte am 23. November in seinem „Weltblatt“ „Die Arbeit“ gegen den Papst und rief ihm zu: „Hier werden die Grenzen deiner Macht — Rom! Einige unendliche, weltferne Kirchenoberen wollten die „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung als ein willkommenes Objekt für alle möglichen und unmöglichen Experimente benutzen, wogegen die deutsche Regierung Front machen mußte.“ Behrens hat schnell einsehen gelernt, daß die Grenzen der römischen Macht nicht an dem „Machtwort“ eines mecklenburgischen Gärtnerlehrlings enden, und da auch ihm die Stellung eines „christlich-nationalen“ Generalsekretärs alles ist, war er mit dem Verlauf der Essener Komödie sehr zufrieden, schrieb und redete den evangelischen Arbeitern vor, daß der von Rom geplante Streich abgewehrt, die „christlichen“ Gewerkschaften sich nicht unter die Aufsicht der römischen Bischöfe zwingen ließen, sondern ihre volle Selbstständigkeit gewahrt hätten. Die evangelischen Arbeiter gehörten deshalb nach wie vor in die „christlichen“ Gewerkschaften. In der „Wartburg“, einer evangelisch-konservativen Zeitschrift, wurde die Behauptung aufgestellt, Giesberts, Stegerwald und Imbusch hätten sich vor dem Essener Kongreß vor dem päpstlichen Enzyklika in aller Form und in allen Punkten unterworfen, was Behrens in einer Zeitschrift an die „Wartburg“ beibringt. Darauf antwortet die „Wartburg“ in ihrer Nr. 16 von diesem Jahre folgendes:

„Herr Reichstagsabgeordneter Franz Behrens... will die Behauptung aufstellen, daß die Katholiken Giesberts, Stegerwald und Imbusch sich nicht der päpstlichen Enzyklika unterworfen haben.“ Zum Beweise für diese Behauptung beruft sich Herr Behrens auf eine Behauptung Giesberts, nämlich auf einen vor vielen Monaten im Zentralblatt der Gewerkschaften gegen den Berliner „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel. Das ist kein Beweis. Berichtigungen im Namen der leitenden Führer Giesberts, Stegerwald und Imbusch abzugeben, dazu fehlt Herr Behrens die Aktiv- und Passiv-Legitimation. Zur Sache erklärt die „Kölner Korrespondenz“ für ihre Entwürfe, daß die Leiter der Gewerkschaften sich läßlich unterworfen und dem deutschen Episkopat Garantien für ihren unbedingten Gehorsam gegeben haben“

— heute noch wie vor sieben Monaten den Beweis erbringen zu wollen. Die Herren Giesberts und Genossen haben sich wohlweislich gehütet, bisher die verantwortlichen Leiter der „Kölner Korrespondenz“ zu belangen. Jetzt aber präzisiert unser M.-Mitarbeiter das Thema für eine gerichtliche Auseinandersetzung klar in folgenden drei Theesen: 1. Die Gewerkschaftsführer Giesberts, Imbusch und Stegerwald gaben kurz vor der Essener Tagung Erklärungen über die wichtige Auslegung und Anwendung der päpstlichen Gewerkschafts-Enzyklika in die Hand des Bischofsverwesers Dr. Kreuzwald in Köln. 2. Die Katholiken Giesberts, Stegerwald und Imbusch der Erzdiözese Köln haben in schriftlicher Form Gehorsam gelobt, den Weisungen des Episkopats und den Ratsschlüssen der zuständigen Ueberwachungspersonen geistlichen Standes — wie sie genannte Enzyklika Pius X. vorliest — jederzeit zu folgen. 3. Für diese ihre korrekte Haltung sind die katholischen Gewerkschaftsführer Deutschlands von der vatikanischen Presse als treue Söhne der römischen Kirche mit Anerkennung und Lob bedacht worden. Die Tatsachen 1-3 stammen direkt aus dem Staatssekretariat des Kardinals M. Merry del Val und zwar vom Chef des publizistischen Bureaus, Monsignore Eugenio Pacelli.

Die „Wartburg“ stellt hier unter direkter Verufung auf den Chef des publizistischen Bureaus des Vatikan, Herrn Eugenio Pacelli fest, daß Giesberts, Stegerwald und Imbusch dem Kölner Bischofsverweser Dr. Kreuzwald unterschriftlich Gehorsam gelobt, sich der Enzyklika unterworfen und mit der Ueberwachung durch den Episkopat einverstanden erklärt haben und zwar in einer Form, daß sie im Vatikan als treue Söhne der römischen Kirche mit Anerkennung und Lob bedacht wurden! Treue Söhne der Kirche! Theodor Nieschen, „christlicher“ Vertrauensmann, Vorstandsmitglied im katholischen Arbeiterverein in Lobberich ist zweifellos auch ein „treuer Sohn der Kirche“, denn er wünschte dem Papst ja „nur im Scherz“, daß er kaputt ginge!

In der Münchener Zeitschrift „Janus“ (Heft 7), behandelt ein genauer Kenner der vatikanischen Geheimnisse unter dem Pseudonym „Spectator aller“ die Streitfrage zwischen der Kölner und der Berliner Richtung, wodurch wir einige interessante Geheimnisse erfahren. Spectator schreibt:

„Als Pius X. die christlich-sozialistische Bewegung Romolo Murris in Italien und den Sillon („Die Kirche“) Marc Sanguiers in Frankreich verdammt hatte und schon die Hand zur Vernichtung der interkonfessionellen Gewerkschaften in Deutschland erhob, eilte trotz der häßlichen Witterung und trotz körperlicher Uebelbefindens der greise Diabeter Kardinal S. A. Fischer mit der dritten Spende der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie im Betrage von 300 000 Franken Ende November 1910 nach Rom, um dieses Neujahrsgeld abzuwehren. Gleichzeitig legte damals der preussische Gesandte Dr. D. von Mühlberg beim Vatikan ein gemächliches Wort in die Wagjohale. So gewährte der Papst den päpstlichen Gewerkschaften eine Gnade- und Galgenfrist über die Zeit der Reichstagswahlen; darin warf der christliche Bergarbeiterbund in Bochum den Sozialdemokraten Hue und verhalf dem nationalen Arbeiter Seckmann zur Wahl. Eine weitere Zurückdämmung der „roten Flut“ durch die katholischen Arbeitersekretäre konnte nicht erzielt werden. Schon damals erachteten die Gruben- und Stahlbarone Westfalens die für die Rettung des einzigen Wahlkreises Bochum an die vatikanische Kasse gezahlte Prämie für allzuteuer. Dagegen versicherte Kardinal Fischer in seinem Fasten-Fürstenbrief, daß sowohl die interkonfessionellen als die katholischen Organisationen kirchlich zulässig seien.“

Das ist inhaltlich die volle Bestätigung der Angaben aus der Streitschrift des Kaplans Schopen, woraus die „Berliner Volkszeitung“ am 14. Januar cr. u. a. folgendes mitteilte:

„Interessant ist die Enthüllung, wie die Kölner Richtung durch ihren Unterhändler Justizrat Trimborn mit den Großen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und den Aghlemagnaten die Wohlfühlgeschäfte am Niederrhein regelt. Altliceralsmus und Alerialsaus Arm in Arm! Der katholische Religionslehrer Rosenbergs hat für Dortmund-Duisburg und Umgebung die Zentrumswähler dem „maßvollen“ Rechtsliberalismus zuzutreiben, ohne Verpflichtung auf Gegenseitigkeit. Ebenso mußten die Führer der „christlichen“ Gewerkschaften im Ruhrbecken, die Giesberts, Schiffer, Imbusch, Effert und Genossen sich für das Unternehmertum und gegen jeden Streik der Bergleute erklären. Das ist alles in geheimen Konventikeln festgelegt. Als Entgelt von Seiten des eng zusammengeschlossenen Unternehmertums trug dafür der verstorbene Kardinal Fischer in Köln in drei Raten einen Peterspfennig in den Vatikan, den der frühere Dominikanerpater Alfons Müller in Rom auf anderthalb Millionen Mark bestiftet. Sowie abdann der alte Verband für die seit einem Jahrzehnt in gebrochener Stimmung lebenden Bergarbeiter an der Ruhr im Verein mit den Kirch-Dunderschen und polnischen Verbänden in den Streik eintrat, mußten, getreu dem geheimen Abkommen zwischen den rheinischen Zentrumswählern und den Großindustriellen, die „christlichen“ Gewerkschaftsführer den katholischen Arbeitern in ihrem berechtigten Streben um bessere Lohnverhältnisse in den Rücken fallen.“

Auf diese schweren Anklagen, daß „christliche“ Arbeiterführer mit den schlimmsten Scharfmachern, den rücksichtslosesten und brutalsten Arbeiterfeinden, mit den Kulturkämpfern und Romhässlern, mit den Todfeinden der katholischen Kirche in geheimen Konventikeln zusammenkamen, Wahlkreise verschafferten, Streikbruchpläne ausheckten, wußte der „Bergknappe“ in seiner Nr. 21 vom 24. Mai d. J. nur zu antworten:

„Kaplan Schopen ist ein Gegner der christlichen Gewerkschaften und strammer „Berliner“. Deshalb ist er für denkende Menschen in dieser Falle ein sehr fragwürdiger Zeuge.“

Ein katholischer Geistlicher, der nicht am M.-Glabbacher Karren schiebt, ist nach dem „Bergknappen“ für jeden denkenden Menschen ohne weiteres ein sehr fragwürdiger Zeuge, und ein katholischer Papst, der eine Enzyklika gegen M.-Glabbach erläßt, dem wünschen fromme und stramme „Christenführer“ im „Scherz“: „Ginge er doch nur kaputt!“ Dem urteilslosen, fanatisierten und verballhornten „christlich-nationalen“ Anhang genügt es anscheinend schon, wenn die Streikbruchführer sagen können, der Mann ist ein Gegner von uns, um ihn ohne weiteres als Ritzner abzutun. Während die „christlichen“ Streikbruchführer Schopens Angaben abstreiten, gingen die Wachemiten hin und kauften die Streitschriften von Kaplan Schopen alle auf! Will der „Bergknappe“ nun etwa behaupten, die Wachemiten hätten Tausende von Mark ausgeworfen, um Kaplan Schopen und seinem Verleger einen Verdienst zu verschaffen? Auf Vertreiben der Kölner Richtung wurde Schopen von M.-Glabbach nach einem Eisdorf verlegt und ihm dadurch die Nabelschnur mit M.-Glabbach durchgeschnitten. Man suchte ihn zu vernichten und doch kauften diese Leute sein letztes Buch aus dem Buchhandel auf! „Das läßt tief blicken“, würde Sabor sagen.

Noch wichtiger ist aber folgende Stelle im „Janus“:

„Die päpstliche Enzyklika „Singulari quadam“ ließ nun zwar die päpstlichen Gewerkschaften am Leben, aber warf sie in den Hungerturm, nachdem ihnen zuvor die Sehnen durchgeschnitten worden waren. Allen protestantischen Arbeitern wurde darin der Stuhl vor die Türe gestellt, weil die Bischöfe das Verhalten aller Gewerksvereiner aufs strengste kontrollieren müssen.“

Gegen diesen furchtbaren Schlag der Unversöhnlichen im Vatikan wider die „Kölner Richtung“, wider das System von München-Glabbad, wider das Zentrum, wider den katholischen Volksverein und wider die interkonfessionellen Arbeiterverbände setzten sich die Angegriffenen herhaft zur Wehr und verantworteten die grobhartige Tagung von Essen. Dort fielen mannhafte und scharfe Worte. Der Führer Stegerwald äußerte den Verdacht, daß die Enzyklika „Singulari“ gar nicht dem Sinne des Papstes entspreche, sondern auf Andringen der katholischen Fachvereine erlassen sei. Der Bergarbeiter Vogelsang meinte: „Die kirchlichen Behörden verstehen nichts von Lohn- und Organisationsfragen; alle Versuche des katholischen Klerus, uns Arbeiter zu beormunden, müssen deutlich zurückgewiesen werden.“ Der Holzarbeiter Kurtzschid donnerte: „Ich würde mich schämen, den katholischen Fachvereinen anzugehören, dieser kraft- und faßlosen Richtung!“ Angesichts dieser tüchtigen und tapferen Grundgebung jubelten die bössischen und liberalen Blätter: Gottlob, das päpstliche Schreiben „Singulari“ ist seit dem 26. November 1912 ebenso kräftig vernichtet und abgelaufen, wie einst am 10. Dezember 1520 die gegen Luther geschleuderte Baumbulle von der Studentenschaft in Wittenberg verbrannt worden ist!...

Nun lüften plötzlich die vatikanischen Blätter die dichten Schleier, welche das Geheimnis des 26. November 1912 von Essen bedeckten, und enthüllen mit zynischer Schadenfreude, welch listiges Spiel die „Demagogen“ von München-Glabbad, die Dienstmänner des römisch-katholischen Weltverlages J. G. Bachem und Agitatoren der rheinischen Zentrums-partei unterm Vorhitz des Justizrats Trimborn mit der öffentlichen Meinung Deutschlands getrieben haben. Das Trimbornsche Stichwort: „Alles bleibt beim alten“, war eine listige Finte gewesen. Die angebliche Drohung des Reichskanzlers, welche derselbe Abgeordnete Trimborn verbreitete: „Brechen will seine diplomatische Vertretung beim heiligen Stuhle abberufen, falls...“, mußte dazu dienen, eine geheime Abmachung verdecken zu helfen. Die Giesberts, Schiffer, Stegerwald, Behrens verübten ein „abgefärbtes Spiel“. Die Berlin-Breslauer Richtung, unter Führung Koppys und Kornms, hatte in Wahrheit einen vollständigen Sieg erritten. Am 26. November erfolgte das energische Pronunciamento der „freien“ und „aufrechten“ Gewerkschaftsführer zu Essen, nachdem eben dieselben Drahtzieher der katholischen Arbeitermassen sich tags zuvor zu Köln in aller Heimlichkeit den päpstlichen Anforderungen unterworfen hatten! Diese Unterwerfung unter die Kontrolle der Bischöfe und der katholischen Parggeilichkeit muß jedoch peinlich verschwiegen werden aus zwei Gründen: erstens um die protestantischen Mitglieder nicht kopfschzen zu machen, und zweitens, um die aufrecht und selbständig denkenden Arbeiter nicht geflissentlich den freien Gewerkschaften zuzutreiben.“

Mit durchschnittenen Sehnen in den Hungerturm geschleudert, unter die bischöfliche Aufsicht gestellt, wurden die „christlichen“ Gewerkschaften, und ihre seitherigen aufeinanderfolgenden Streikbrüche bestätigen die Richtigkeit dieser Angaben, wie das Verhalten bei der Reichstagswahl und der Niesenstreikbruch die Angaben von Kaplan Schopen als richtig bestätigt haben. Nach diesen Enthüllungen steht einwandfrei fest, daß die „Christenführer“ sich in aller Form der bischöflichen Aufsicht unterworfen haben, und es ist ohne weiteres zureichend, was wir schon in unserem Bericht über die Essener Tagung ausführten, daß die „Kette“, die Stegerwald in Essen abgesehen hat, im Kölner Wipfelpalais verfaßt, zum mindesten zensiert und genehmigt worden ist. Wie könnte es auch anders sein! Die „christlichen“ Gewerkschaften sind Schöpfungen der katholischen Geistlichen, in deren Händen die faktische Leitung stets gelegen hat und unter deren beschränkendem Sonnenschein sie nur leben können. Wird ihnen dieser Sonnenschein entzogen, müssen sie sterben und das liegt nicht im Interesse des Zentrums noch des Kapitalismus, dem die Kirche dient. Als Schutztruppe des Kapitals, unter strenger Aufsicht der Kirche sollen sie erhalten bleiben, jedoch dürfen die aufrecht und selbständig denkenden Arbeiter das nicht wüssen. Darum wurde den Führern, nachdem sie genügend Garantien geboten hatten, vom Episkopat gestattet, sich als „freie“ Männer aufzuspielen — gegen die Sozialdemokratie!

Wider die guten Sitten.

Das Reichsgericht hat als letzte Instanz in dem großen Petroleumprozess zwischen der deutschen Tochtergesellschaft des amerikanischen Petroleumtrusts (Standard Oil Company) und dem Petroleumkonglomerat der Deutschen Bank zugunsten der deutschen Gesellschaft entschieden. Die „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 144 vom 22. Juni) schreibt aus diesem Anlaß über die Rechtsprechung:

„Das Prozeßverfahren ist, hat sich bei dieser Gelegenheit wieder bestätigt. Die erste Instanz in Hamburg entschied von Rechts wegen zugunsten der deutschen Gesellschaft; das Oberlandesgericht in Hamburg, doch gewiß ein in Handelsfachen beachtenswerthes Forum, entschied ebenfalls von Rechts wegen zugunsten der Amerikaner; das Reichsgericht, als letzte Instanz, sieht zum bestenmale von Rechts wegen das Urteil des Oberlandesgerichts gänzlich um und trifft seine endgültige Entscheidung zugunsten der deutschen Gesellschaft.“

Aus der Begründung des Reichsgerichtsurteils ist der „Bergwerks-Zeitung“ der folgende Passus besonders aufgefallen:

„Prüft man dies alles und berücksichtigt man andererseits, welche verschwindend geringen Kontrollrechte der Beklagten als Ersatz für die Entziehung des Geschäftsführungsrechts bewilligt wurden, so kann der Kammer für Handelsfachen nur zugestimmt werden, daß die Beklagte zum willkürlichen Werkzeug der Klägerin erniedrigt worden ist. Eine derartige Knebelung der einen Partei durch die andere, eine so vollständige Unterwerfung unter den Willen des Vertragsgegners widerspricht den in Deutschland herrschenden Sittensanktionen. Ein Vertrag, der solche Sätze, und zwar als Kern seiner ganzen Regelung, enthält, muß in vollem Umfang zufolge B.G.B. § 138 Abs. 1 für nichtig erachtet werden.“

Sierzu bemerkt die „Bergwerks-Ztg.“ zustimmend: „Was in diesen prägnanten Sätzen gesagt wird, ist sicher zutreffend und den deutschen Rechtsanschauungen durchaus sympathisch... Ganz recht, wir stimmen hier einmal ausnahmsweise mit dem Zechenbesitzerorgan überein. Wenn gleiches Recht für alle gelten würde, müßte aus denselben Gründen aber auch der im Bergbau bestehende Arbeitsvertrag für nichtig erklärt werden, weil er den Bergarbeitern aufzuzwingen wurde, sie dem Willen der Zechenverwaltung vollständig unterwirft und zu willkürlichen Werkzeugen erniedrigt.“

Warum, so wird man fragen, unterwerfen sich die Bergarbeiter einem solchen Vertrag? Mit weit größerem Recht kann man fragen: Warum hat sich eine Gesellschaft, die vom größten und mächtigsten deutschen Bankunternehmen, der Deutschen Bank, geleitet wird, dem fraglichen Vertrag unterworfen? Diese Frage wirft auch die „Bergwerks-Ztg.“ auf; sie schreibt:

„Wie konnte eine deutsche Gesellschaft, die von dem größten deutschen Bankunternehmen kontrolliert und geleitet wird, wie konnte eine solche Gesellschaft es über sich bringen, einen solchen Vertrag abzuschließen? Es handelt sich hier doch nicht um diesen oder jenen, sondern um Banken und Personen, in deren Hand die Würde des deutschen Handels, die Würde deutscher Geschäftsprinzipien, die Würde des kommerziellen Deutschland gesetzt ist. Daß es sich hier um einen Vertrag handelt, der gegen die guten Sitten verstößt, das mußte der deutschen Gesellschaft unter allen Umständen schon beim Abschluß klar sein und das ist ihr zweifellos damals auch klar gewesen. Sie hat den Vertrag damals nach eigenem Geständnis abgeschlossen, um sich vor dem Untergang zu retten, und da kann man sich dem weiteren Schicksal nicht verschließen, daß sie damals den Nebenabreden hatte, zur gegebenen Zeit den Einwand der Ungültigkeit auf

Grund des Verstoßes gegen die guten Sitten zu erheben. Jedenfalls ist das geschehen und dann muß man doch sagen: So etwas tut man nicht, wenn man sich in einer solchen Position befindet; da geht man lieber mit Ehren unter. Die „Frankfurter Zeitung“ hat nach dem Urteil der ersten Instanz geschrieben, diese Transaktion sei kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Petroleumunternehmungen der Deutschen Bank. Das gilt auch noch nach dem Urteil des Reichsgerichts.“

Die Deutsche Bank hat ein Aktienkapital von 200 Millionen Mark und ist das größte und mächtigste Bankunternehmen Deutschlands. Die von ihr geleitete Gesellschaft hat nach eigenem Geständnis den Vertrag nur abgeschlossen, um sich vor dem Untergang zu retten, jedenfalls mit dem Nebenabreden, zur gegebenen Zeit den Einwand der Ungültigkeit wegen Verstoßes gegen die guten Sitten zu erheben. Eine absolute Notlage, wo es keine andere Möglichkeit mehr gab, kann man bei einer vom größten deutschen Bankunternehmen geleiteten und kontrollierten Gesellschaft schlechterdings nicht annehmen. Da gab es gewiß noch andere Möglichkeiten, und selbst wenn das nicht der Fall war, hätte der Untergang der einen Gesellschaft der Deutschen Bank keinen großen Abbruch getan. Es lag also keine absolute Zwangslage für die Gesellschaft vor, den Vertrag einzugehen, das geschah nur aus Gewinnrückichten; trotzdem erklärte das Reichsgericht denselben aus den angeführten Gründen für nichtig.

Für die Bergarbeiter aber besteht ein absoluter Zwang, sie müssen sich der sogenannten Arbeitsordnung unterwerfen, sonst verlieren sie ihre Existenz. Allerdings besteht ein Minderungsrecht. Aber damit wird die Sachlage nicht geändert. Mündigt der Bergarbeiter auf der einen Seite und geht zur anderen, muß er sich den Bedingungen des selben Vertrages unterwerfen, im anderen Falle erhält er keine Arbeit und verliert seine Existenz. Es heißt da einfach: Vogel, entweder fröh oder stirbt!

Wenn die Arbeitsordnungen in den einzelnen Bergrevieren nun auch nicht im Wortlaut übereinstimmen, in Wesen und Wirkung sind sie aber in der Hauptsache gleich. Es genügt darum, wenn wir auf einzelne Bestimmungen der Normalarbeitsordnung, welche im Oberbergamtsbezirk Dortmund, dem größten und bedeutendsten deutschen Bergrevier, fast allgemein eingeführt ist, etwas näher eingehen. Sie ist auf den Ton gefimmt: „Wir sind die Herren im Hause und lassen die Arbeiter nicht hineinreden!“ Aus Anlaß des angeblichen Bergarbeiterstreikgesetzes — den „gezwungenen Vogel“ nannte es die „Rhein.-Westf. Ztg.“ — mußte 1905 diese Arbeitsordnung entsprechend den neuen Bestimmungen dieses Gesetzes geändert werden. Das geschah, ohne daß die Bergarbeiter auch nur um ihre Meinung gefragt wurden. In Belegtagungsversammlungen nahmen die Bergarbeiter damals überall gegen diese Arbeitsordnung Stellung und stellten Änderungsanträge. Aber die Zechenherren zeigten ebensowenig Entgegenkommen wie 1892 und 1912 der Saarkönig, obwohl sich die Arbeiter auch dort sehr heftig gegen die Aufzwingung der Arbeitsordnung wehrten. Vor den Augen der gewählten Kommissionen wurden die Änderungsanträge der Belegtagungen sogar vielfach zerrissen und in den Papierkorb geworfen. Die den Arbeitern auf diese Weise aufgezwungene Arbeitsordnung ist denn auch durchaus dem Macht- und Willkürherrscher der Zechenherren angepaßt, jeder Willkür, jeder Laune ist Tür und Tor geöffnet. Dafür einige Beispiele.

§ 12 der Arbeitsordnung besagt:

„Der Lohn wird entweder nach Schichtlohn oder nach Gebänge berechnet. Die Schichtlöhne werden durch den Betriebsführer festgesetzt, den Arbeitern binnen einer Woche nach Uebertragung der Arbeit mitgeteilt und durch Eintragung in den Schichtzettel beaufschlagt.“

Der Betriebsführer diktiert danach den Arbeitern die Schichtlöhne nach Gutdünken, ohne nach ihrer Meinung auch nur zu fragen. Von einer freien Vereinbarung, wie sie besonders dem § 105 der Gewerbeordnung entspricht, kann doch da nicht die Rede sein.

Bei der Vereinbarung über das Gebänge liegen die Verhältnisse nicht besser. § 12 Absatz 4 der Arbeitsordnung besagt:

„Das Gebänge muß spätestens bis zum zehnten Tage nach Uebertragung der Arbeit vereinbart sein. Ist bis dahin eine Einigung über das Gebänge nicht zustande gekommen, so hat der Arbeiter Anspruch auf zwei Drittel des durchschnittlichen Netto-Tagesarbeitsverdienstes derselben Arbeiterklasse im vorangegangenen Monat, mindestens aber auf den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagesarbeiter, wie er gemäß § 8 des Krankenversicherungsgesetzes für gewöhnliche Tagesarbeiter festgesetzt ist.“

Wer sich also bis zum zehnten Tage nach Uebertragung der Arbeit das Gebänge nicht aufzwingen läßt, erhält entweder nur zwei Drittel des Netto-Tagesarbeitsverdienstes seiner Klasse oder den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagesarbeiter. Der Arbeiter kann in solchen Fällen mit 2,60 bis 3,80 Mk. pro Schicht abgepeist werden.

Nach der bis 1905 geltenden Arbeitsordnung konnte, wenn eine Einigung über das Gebänge nicht zustande kam, der ortsübliche Tagelohn gezahlt werden. Verschiedene Spruchkammern des Berggewerbegerichts und das Landgericht Bochum halten nun entschieden, daß unter diesem ortsüblichen Tagelohn der Durchschnittslohn derjenigen Arbeiterklasse zu verstehen sei, der der Arbeiter angehört. Um diese für die Arbeiter günstige Spruchpraxis zu durchkreuzen, wurde 1905 in die jetzt noch geltende Arbeitsordnung vorstehende Bestimmung aufgenommen.

Weitere Handhaben, die Arbeiter geüblig zu machen, bietet der § 18 der Arbeitsordnung, welcher besagt:

„Wenn nicht anders verabredet, gilt das Gebänge für unbestimmte Zeit abgeschlossen. Eine Veränderung des Gebanges bei gleichbleibenden Verhältnissen muß, ebenso wie eine Herabsetzung des Schichtlohnes, dem Arbeiter so frühzeitig mitgeteilt werden, daß er in der Lage ist, von seinem Minderungsrecht Gebrauch zu machen. Macht er von diesem Rechte keinen Gebrauch, so gilt die Herabsetzung vom 1. des folgenden Monats ab als angenommen.“

Mündigen und brotlos machen muß sich der Arbeiter nach dieser Bestimmung, sonst gilt die Herabsetzung des Gebanges vom 1. des folgenden Monats ab als angenommen. Entweder willkürlich oder fliegen!

Noch schlimmer für die Arbeiter ist aber der § 13 Absatz 2 der Arbeitsordnung, welcher besagt:

„Tritt jedoch eine wesentliche Veränderung in den Verhältnissen, Flöz- oder sonstigen Betriebsverhältnissen ein, so können beide Teile eine sofortige Veränderung oder Aufhebung des Gebanges vorschlagen. Kommt alsdann binnen drei Tagen keine neue Vereinbarung zustande, so tritt auch hier der in § 12 Abs. 4 festgesetzte Lohn ein.“

Damit ist jeder Willkür, Gefälligkeit und Niedertracht Tür und Tor geöffnet. Der Zechenbeamte braucht nur zu erklären, die Verhältnisse haben sich gebessert, dann kann er das Gebänge nach Belieben jederzeit kürzen. Ist der Arbeiter damit nicht einverstanden, kann er mit einem Lohn von 2,60 bis 3,80 Mk. pro Schicht nach Hause geschickt werden. Beschwerden der Arbeiter bei der Zechenverwaltung oder Klagen am Berggewerbegericht haben in solchen Fällen kaum Aussicht auf Erfolg, da der Beamte, gegen den sich die Beschwerde oder Klage im Grunde genommen richtet, dann als Zeuge fungiert und sein Zeugnis den Ausschlag gibt.

Der Arbeiter ist also völlig der Willkür und Laune der Zechenherren überantwortet. Er hat kein Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen, erhält den berechtigten Anteil am Ertrage seiner Arbeit nicht, wird zum willkürlichen Werkzeug erniedrigt. Eine so vollständige Unterwerfung widerspricht aber nach dem Urteil des Reichsgerichts den in Deutschland herrschenden Sittensanktionen, verstößt also wider die guten Sitten. Würde gleiches Recht für alle gelten, müßten die Arbeitsordnungen im Bergbau, die sich in Wesen und Wirkung in der Hauptsache gleich sind, ebenfalls für nichtig erklärt werden.

Nieder mit dem Krieg!

Ein Offizier, der den Feldzug in der serbischen Armee mitmachte, schreibt:

Mitten im Kriege stehend, unter dem starken Einfluß der Menschen-schlächtere, der Mörder und der Barbarei, rufe ich ganz energisch aus: Nieder mit dem Krieg! Und ich kann es Ihnen bezeugen, dieselbe Stimmung herrscht heute nicht nur die Sozialdemokraten, die das unheimliche Schicksal erdulden hat, an der Barbarei mitzuwirken, sondern alle Menschen, die die Schrecken, die furchtbaren Folgen und unermesslichen Begleiterscheinungen eines Krieges gesehen haben, selbst die berühmtesten hartköpfigen Militaristen. Denn das, was wir erleben, was für den gesunden Menschenverstand unsagbar, für die gesunden menschlichen Gefühle unerträglich. Nach einem Monat stehen wir da, die feige Armee, verhungert und erkrankt, nervös, in einem Zustand langsamer Wildheit zurückberstet. Mit Brandstiftungen, Plünderungen, Massenmord sind unsere Hände besudelt. Tag und Nacht verdrängen wir brandstiftend, plündernd und tödend, und dabei waren wir immer todmüde, hungrig wie die Wölfe in öden Gebirgen, schliefen nur ein paar Stunden in Regen, Schnee und Eis unter freiem Himmel. Und je roher unser Leben war, desto lohnbarer erschien es uns. Dabei stand man zu jeder Zeit unmittelbar vor dem Tode, sah man die Verwundeten, die Freunde, die Kameraden in Todesqualen; die Verdienste waren bis zur äußersten Grenze angestrengt. Man hatte nur noch Gefühl für das nackte, rohe, verwilderte Leben. Nicht nur nervös, ja verückt wird man dabei, sondern auch blutdürstig. Denn in solcher Lage findet man die einzige Befriedigung in dem dem Feinde verursachten Qualen, in seiner Auszehrung, Vernichtung und Tötung. Erst nachdem der uns gegenüberstehende Mensch vernichtet daliegt, zeigt sich ein heiterer Zug auf unserm trübem Gesicht.

Ich will Ihnen nicht beschreiben, wie schrecklich schwer es war, uns aus den Armen unserer Mütter und unserer Schwestern zu reißen, die uns weinend und schluchzend festgehalten haben; ich will Ihnen nicht das furchterliche Schauspiel beschreiben, als wir unter der nur vom Weinen und den lauten Wehklagen der Frauen unterbrochenen Stille unsere Heimstätten verließen; ich will es Ihnen nicht beschreiben, wie wir wie die Hunnen die von Armuten bevölkerten Gegenden durczogen. Nachdem die Armuten von unserer Regierung befohlen und mit unseren Waffen versehen waren, haben sie zuerst gegen die türkische Regierung gekämpft, und dann diese Waffen gegen uns gerichtet. Dafür traf sie für uns die härteste Strafe. Alles, was sich von ihnen uns entgegenstellte, wurde niedergemacht. W- und Eigentum wurden geplündert, die Häuser bis zum Grunde verbrannt. Wo wir passierten, wurde alles in eine Sünde verwandelt. Und dabei kamen Szenen vor, über die man tagelang sprechen und sie doch nicht erschöpfend beschreiben könnte. Ich will Ihnen nichts sagen über die blutigen Kämpfe bei Kumonova, bei Prilipi, bei Minci, wo Tausende und Abertausende von Menschen ihr Grab gefunden haben. Nur einige Szenen aus der letzten Schlacht bei Monastir will ich Ihnen vor Augen führen, um Ihnen zu erklären, warum heute nur eine Stimmung alle Krieger beherrscht, die in dem Ruf: Nieder mit dem Krieg! zum Ausdruck kommt.

Die Tage dauerte der Kampf. In der Nacht konnten weder wir noch die Türken schlafen, da man sich vor einem nächtlichen Angriff sichern mußte, und nur in der Nacht konnte man die Kanonen über die Gebirge hinüberziehen und den Türken näher kommen. Denn unsere Heerzucht bestand besonders in der Artillerie. Welchen Nutzen aber boten beinahe zweihundert Kanonen, die wir vor Monastir hatten, wenn man sie nicht in Stellung bringen konnte. Die Ebene, in der Monastir gelegen ist, war vollständig überschwemmt. Wollte man über das Feld vorwärtsziehen, so sank man bis zum Gürtel, stellenweise bis an den Hals in Wasser und Schlamm. Da konnte nicht einmal Infanterie vorwärts kommen, viel weniger Artillerie. Die Gebirge aber, die die Ebene einschließen, sind so hoch, steinig und ungangbar, daß Fahrzeuge sie nicht passieren konnten. Wir hatten nur eine Batterie der Gebirgsartillerie, alles andere waren Fuß- und Schusswaffen.

Es blieb nichts anderes übrig, als die schweren Kanonen von der Infanterie schleppen zu lassen, wobei man in der ganzen Nacht kaum eine Batterie von vier Kanonen hinauf- und hinunterziehen konnte. Ebenso ging es den Türken. In dieser Weise verdrachten wir vier Nächte: am Tage furchtbarer Kampf, nachts die überaus schwere Lastarbeit.

In der Ebene regnete es unaufhörlich, die Gebirge waren mit Schnee bedeckt. Glend sahen unsere Leute aus: müde und hungrig, nass und schmutzig, beinahe ganz ohne Schutzzeug. Zwei Hindernisse hatten sie zu überwinden: die natürlichen, Wasser und Regen, und die menschlichen, das energiegelbe Feuer der Türken, besonders das ihrer Artillerie und ihrer Maschinengewehre. Wer das nicht miterlebt hat, kann es sich nicht vorstellen. Wir marschieren durch Wasser und Schlamm und über unseren Köpfen tragen die türkischen Schrapnell- und die Kugeln klatschen wie die Regentropfen in das Wasser. Hinlegen ist unmöglich, da man dabei ertrinken würde. Das beste Mittel, sich zu schützen, bestand in schnellem Vorwärtsdrängen. Viele sind dabei gefallen. Schrecklich haben besonders diejenigen aus, die in den Kopf getroffen waren, aus dem das Gehirn hinaustrug. Schauderhaft waren die Wehrlose derer, die von Sprengstücken getroffen, einen Arm oder ein Bein verloren. In dieser Weise rückten wir zwei Kilometer vorwärts. Und als wir nur noch einundneunzig Kilometer von den Türken entfernt waren und ihre Artillerie von der unseren vollständig zum Schweigen gebracht war und uns keinen Schaden mehr zufügen konnte, da brach auf einmal das Schnellfeuer der Maschinengewehre los. Vor den türkischen Schützengräben war es etwas trockener, da in den Aedern tiefe Kanäle ausgegraben waren, die das Wasser abgeleitet hatten. Wollte man sich vor den Kugeln der Maschinengewehre und der Schützen sichern, so mußte man in diese Kanäle hinein-springen. Sie waren stellenweise so tief, daß man schwimmen mußte. Und alle 50 Meter war ein Graben. Vorwärtskommen konnte man nur, wenn man von einem Graben zu dem anderen lief. Das Feuer von beiden Seiten war ungemein stark. Als wir auf 800 Meter an die Türken heran waren, kamen diese in eine furchtbare Lage. Ihr Feuer verstummt, da nicht ein Klätschen vor ihren Schützengräben von unseren Kugeln verfehlt blieb. Man versuchte sie zu umzingeln, und da sie ihre Lage für hoffnungslos an sahen, wandten sie sich zu wilder Flucht.

Das war ein Augenblick, der alle Schreden der Hölle übersteigt. Wenn ich daran denke, kommen mir die Tränen. Ich vergaß alles, was ich erduldet hatte und ein inniges, tiefes Mitleid mit den armen, elenden Türken ergriff mich.

Nur in zwei Richtungen konnten sie zurück: westlich nach Duzrida und südlich nach Florina, denn nördlich standen wir und östlich waren unpassierbare Schneegebirge. Nach beiden Richtungen waren die Türken abgegrenzt, sie waren vollständig umzingelt. Nach Florina konnten sie nur auf einem einzigen Wege, da links und rechts alles mit Wasser bedeckt war. Aber eben dieser Weg in seiner ganzen Länge wurde von unserer Artillerie besetzt. Aus ihren Schützengräben an den Gebirgen hingen rannten die Türken auf diesen Weg. Tausende von Schrapnell- und Kugeln über ihren Köpfen, von vorn, in der Richtung ihrer Flucht, noch mehr als von hinten oder von der linken Seite. Und was konnten sie tun? Sie sind stehen geblieben ohne einen Schuß abzugeben. Stellenweise wurde die weiße Fahne gezeigt und Offiziere zu Pferde winkten mit ihr, als ein Zeichen, daß sie sich ergeben wollten. Man glaubte es aber nicht, da man zweimal mit den Armuten sehr schlechte Erfahrungen mit dem Ergebnis gemacht hatte. Unser Feuer wurde nicht eingestellt. Tausende von Menschen sind da liegen geblieben. Erst in der Nacht konnte ein Teil fortkommen. Nur eine Division von 10 000 Mann, die in Reserve gestanden hatte, konnte in Ordnung zurückgehen, wurde aber, nahe von Florina, von unserer Kavallerie auseinandergejagt.

Auf dem linken türkischen Flügel, wo der beste und der tapferste türkische Feldherr Dschavid-Bascha kommandierte, wollten die Türken um jeden Preis durchbrechen, um sich bei Duzrida wieder zu sammeln. 80 000 Mann unserer Infanterie und eine zahlreiche Artillerie sperrten

ihnen den Weg. Wie wahnwitzig rannten die Türken und suchten eine schwache Stelle, um durchzubrechen. Daher kam es zu einer furchtbaren Schlacht, Säbel oder Bajonette wüteten und der steinige Boden war dicht mit Menschenleichen bedeckt. Nur weil es am vierten Tage ganz neblig war, gelang es kleinen türkischen Abteilungen mit Dschavid-Bascha selbst zu entkommen.

Die Verfolgung der Flüchtigen wurde sofort aufgenommen. Was in der Richtung nach Duzrida vorgekommen ist, weiß ich nicht, wohl aber das, was sich in der nach Florina ereignete, da ich daran teilgenommen habe.

Da der Weg erst im Bau war, war es den Türken unmöglich, ihre Bagage, ihre Kanonen und Munition fortzubringen. Auf dem Wege lagen Tausende von Gewehren, Munitionskisten, Zelten, Kleidungsstücken, Schuhwaren, Schießsicherungen, Brot, Mehl, Reis usw. Die Fußleute hatten alles aus den Wagen geworfen, um sie zu erleichtern. Dabon hatten sie aber keinen Nutzen. Denn einen Kilometer weiter, nachdem der erste Wagen gebrochen oder das erste Pferd gestirgt war, konnte der Zug nicht weiter. Auf dem Wege und rechts und links vor ihm lagen Hunderte von toten Pferden und Ochsen. Zwanzig Kanonen mit Munitionswagen und eine riesige Zahl von Wagen waren verlassen. Unter ihnen lagen Verwundete, Kranke und vor Angst wahnwitzig geborene Flüchtlinge, die nicht weiter konnten. Herzergreifend war dieses Bild, ein Zeichen der Vernichtung der türkischen Armee und des türkischen Staates. Mit einem Gefühl bestäubter Rache stürmte unsere Infanterie vorwärts, plünderte die der türkischen Bagage alles, was sie nur tragen konnte und warf links und rechts Wagen und Munitionswagen ins Wasser, um für unsere Artillerie den Weg frei zu machen. Die Soldaten hatten kein Mitleid mit den Elenden unter den Wagen. Sie wurden rücksichtslos mit den Bajonetten gestochen und ins Wasser geworfen. Da habe ich von der Kommandogewalt, die ich hatte, Gebrauch gemacht, und es werden sich wohl viele finden, die mir ihr Leben zu verdanken haben.

Der schmerzhafteste Eindruck steigerte sich auf dem Wege nach Florina. Dort wo der Boden etwas trocken war, fanden wir viele Trupps von türkischen Familien, Weiber, Frauen, Kinder, die halb erfroren unter dem Regen zitterten. Es herrschte eine Totenstille bei ihnen. Die halbtoten Kinder konnten nicht mehr schreien. Besonders schmerzhaft wirkten auf uns die toten kleinen Kinder, die bleich und abgezehrt am Wege lagen. Für das weiche Fleisch dieser Kinder zeigten die Soldaten von Raben, die uns regelmäßig begleiteten, eine besondere Vorliebe.

Endlich, um unsere Herzen noch mehr auf die Folter zu spannen, sahen wir verbrannte Menschen in den Dörfchen liegen. Die Mitglieder unserer bekannten Verbände in der Türkei, die sich aus den schlechtesten Elementen der Gesellschaft, besonders aus dem Lumpenproletariat rekrutieren, haben die abscheulichen Bestialitäten begangen. Sie haben die Menschen selbst ins Feuer gestochen. Sehn waren gebunden auf einen Haufen gedrosen worden und über ihnen wurde ein Haufen Stroh in Brand gesteckt.

Lebendig verbrannte Menschen! Dieses erbenerstüttende Schauspiel werde ich nie vergessen. Es stört den Traum aller gesunden Menschen, die es gesehen haben.

Nach alledem, was wir erlebt und gesehen haben, kann es nicht Wunder nehmen, daß wir hinausgerufen: Nieder mit dem Krieg! Wir kämpfen jetzt in den schmutzigen türkischen Dörfern. Was in der Welt vorgeht, wissen wir nicht, da die Zeitungen für uns verboten sind. Nun hören wir, daß die Gefahr besteht, daß dieser Balkankrieg in einen Weltkrieg umgewandelt werde. Wenn ich daran denke, dann läßt es mir keine Ruhe. Gaben die Menschen den Bestand ganz verloren? Was nützt uns unsere ganze Kultur, wenn wir mit einem Schläge in die vorgezeichnete Wildheit zurückkehren? Wollen aus dem Kriege, aus der grausamen Erfahrung heraus rechten wir an Sie, die einzigen Kulturmenschen, die europäische Sozialdemokratie, die bringende Bitte: Kampfen Sie mit allen Kräften gegen den Krieg, rufen Sie mit uns zusammen: Nieder mit dem Krieg!

Gelbenzucht im Reichstag.

Die Gelbenzucht wird seit Jahren von den Scharfmachern, Arbeiterjungen und Dunkelkammern in einer Weise forciert, als ob es sich um die ertragreichste Unternehmung von der Welt handle, auf die man die größten und letzten Hoffnungen setzt. Mit der Gelbenzucht, so glauben die Gelbenzüchter, könnten sie die christlichen, anständigen, rechtschaffenen, fleißigen und zuverlässigen Arbeiter in ihrem Kampf um Besserung ihrer Lebenslage aufhalten, niederwerfen, und sie scheuen keine Opfer, als die Judenassassinen, als das Fröcher- und Schmarobergesindel im Arbeiterstande zusammenzupressen, diesem jeden Funken von Solidaritätsgefühl und Korpsgeist zu rauben. Diese Elemente sollen dann in jedem Lohnkampf gegen die vorwärtsdrängende Arbeiterschaft ausgespielt und mit allen Machtmitteln des Klassenstaates geschüttet werden, eine Aufgabe, die man den „christlichen“ Gewerkschaften zugedacht hatte, die aber von diesen nicht erfüllt werden konnte, weil der erhoffte und erträumte Anhang ausgeblieben ist. Das für diese Aufgabe unverlässigste Element, die Kriegervereine, die Feuerwehren der Zechen und Hütten, die treuergebenen Landsknechte des Unternehmertums blieben auch den „christlichen“ Gewerkschaften fern und diese sollen nun in gelbe Werkverbände zusammengeknüttelt werden, um sie bei Arbeiterkämpfen der „christlich-nationalen“ Streikbrucharmee zuzuführen; einen Flügel zu besetzen und gemeinsam mit den „Christen“ die freien Gewerkschaften zurückzuwerfen. Aber auch mit „den gesundesten gelben Gedanken und Taten“ wird die soziale Frage nicht gelöst; wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht beseitigt, so wird die Gelbenzucht für die Scharfmacher nur einen problematischen Wert haben und nur vorübergehend den erhofften Zweck erfüllen.

Durch „patriotische“ Jugendvereine oder richtiger: jugendliche Madawereine sollen die Rekruten herangebildet werden für die gelben Werkverbände, für die „christlich-nationalen“ Streikbrucharmee gegen die freien Gewerkschaften, und damit das Unternehmertum die Kosten nicht allein zu tragen braucht, sollen diese jugendlichen Madawereine von den Gemeinden und dem Staat finanziell unterstützt werden, was heute schon mehr als ausreichend geschieht. Vom preussischen Staat erhalten diese Gewächse heute schon jährlich einige Millionen; aber das genügt den Erzeugern noch nicht und so sind sie sogar an den Reichstag herangekommen, den gelben Jugendvereinen einen Reichszuschuß zu gewähren. Die Antragsteller waren die „christlich-sozial-national-antimilitarisch-konservativen“ Herren Mumm, Werners, Burkhard und andere, also direkte Förderer der „christlichen“ Gewerkschaften! Ob wohl die Mumm und Behrens zu Ende gehen und hoffen, für ihn eine Stelle im Gelbenlager zu sichern, wo er der richtige Mann am richtigen Platze wäre?

In der Sitzung vom 24. Juni ist unser Kamerad Sachse dem Antrag Mumm in folgenden Ausführungen entgegengetreten:

Meine Herren! Die Resolution 1 unter b, die uns jetzt beschäftigt, fordert den Reichstagsrat auf, dafür zu sorgen, daß alle Verbände, die der körperlichen Erziehung sich widmen, in dem weitesten unterliegt werden, durch systematische körperliche Übung die schulenklassige Jugend für den Seeresdienst vorzubereiten. Herr Mumm und Werners, die nicht auf der äußeren Meiden sitzen, und die sich auch nicht zu den reaktionärsten Plänen bekennen, haben einen Antrag gestellt, der dahin geht, daß nur die Verbände unterstützt werden sollen, die sich auf den Boden der gegenwärtigen Staatsordnung stellen. Das heißt mit anderen Worten nichts anderes als: Herr Mumm fordert ein Ausnahmengesetz gegen die Freigewerkschaften — wie Sie sagen: die sozialdemokratischen Organisationen — Arbeiter. Herr Mumm hat es sich um Sonntags hier recht leicht gemacht, diesen Antrag zu begründen. Er hat offen gesagt, daß eine Linie gegenüber den Sozialdemokraten gezogen werden müsse. Die Jugendbewegung der Sozialdemokratie bekämpfe er, aber — so fügte er hinzu — er denke nicht an parteipolitische, sondern an nationale Gründe. Meine beiden Parteifreunde, die schon zur Sache gesprochen haben, haben Herrn Mumm schon das nötige gesagt. Ich muß aber einiges ergänzen, worauf der Antrag Mumm hinausgeht und was er erreichen wird. Herr Mumm wird nicht abstreiten können, daß die sogenannte nationale Jugendbewegung sich vielfach politisch betätigt. (Abg. Mumm: Nicht parteipolitisch! Auch parteipolitisch!) Zu dem Zwecke habe ich mich zum Wort gemeldet, Herr Mumm, um Ihnen zu beweisen, daß die sogenannten nationalen, namentlich die gelben Jugendvereine, sich ganz direkt parteipolitisch betätigen.

Was wird denn, wenn der Antrag Mumm im Hause angenommen wird, die Folge sein? Die Folge wird sein, daß in der Hauptfrage gerade die nationalen oder vielmehr die gelben Verbände noch mehr bevorzugt werden als heute. Schon heute werden sie vom preussischen Staat bevorzugt, weil der preussische Landtag Mittel zur Verfügung gestellt hat, im Laufe des Jahres sogar 2 1/2 Millionen Mark, um diese Jugendbewegungen zu unterstützen. Die Gelben — das wird allgemein gesagt — erhalten solche Zuschüsse schon. (Abg. Dr. Burkhardt: Das ist doch keine Jugendbewegung!) Ach, Herr Kollege Dr. Burkhardt, sind Sie wirklich so naiv, daß Sie hier sagen wollen, das sei keine Jugendbewegung? Hören Sie mir ruhig zu und ich werde Ihnen den Beweis erbringen, daß die gelben Verbände Jugendbewegungen haben und daß in diesen Verbänden und ihren Jugendorganisationen die reinste Parteipolitik getrieben wird. — Aber zunächst möchte ich auf ein Wort hinweisen, das Herr Schiffer aus dem Zentrum ausgesprochen hat. Er hat am 14. März v. J. einmal die Gelben gezeichnet, und das möchte ich Herrn Mumm, seinem Freunde Behrens und den andern 31 reaktionären Herren, die den Antrag unterschrieben haben, einmal vorhalten. Herr Schiffer sagte damals: „Aber, meine Herren, vorher von dieser Stelle aus einmal ein paar ernste Bemerkungen gegen die sogenannten gelben Arbeiterorganisationen. Diese aus Frankreich zu uns herübergekommenen importierten Gewächse bilden wahrlich eine Fährde für die deutsche Industrie und auch nicht für die deutschen Arbeiter.“ (Sehr richtig! bei den Soz.) „Sehr richtig!“ wurde ihm auch damals zugerufen. Herr Schiffer antwortete auf den Zuruf: „Ich freue mich, daß Sie da zustimmen!“ Herr Schiffer fährt dann fort: „Meine Herren, die gelben Arbeiterorganisationen entstehen tatsächlich, wenn auch ihre Inspirationen das nicht immer wünschen mögen, die Arbeiter zur Unzufriedenheit, zur Verteilung, zum Schmerzgefühl (Hört, hört! bei den Soz.) und — lassen Sie mich es ganz drastisch ausdrücken — zur Spießbücherei.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Meine Herren — fährt er fort — unsere aufgeblich und noch weiter aufblühende moderne Industrie braucht fleißige, aufrechte, charaktervolle Männer. Sie braucht freie, pflichtbewusste und pflichttreue Arbeiter, und die Produktion der Gelben durch einen Teil der Industrie kann für die letztere deswegen nur von Schaden sein.“ So schloß damals Herr Schiffer aus dem Zentrum die Gelben ein.

Der Antrag Mumm und Genossen wird, wie ich schon bemerkte, in der Hauptfrage den Gelben zugute kommen. Die Gelben werden dann noch mehr bevorzugt.

Daß die gelben Vereine, die Reichstreuen, die Wertvereine und wie sie alle heißen, mehr und mehr zu politischen Vereinen gemacht werden, beweisen auch die Verhandlungen der deutschen Industriellen, die im vorigen Herbst hier in Berlin tagten. Herr Kommerzienrat Goldschmidt sagte da ganz offen: „Die Arbeiter, die von den Gewerkschaften einmal befehligt sind, sind unheimlich gefährlich für eine andere politische Richtung.“ — Dr. Woberschen führte aus: „Mit der politischen Zurückhaltung der Werkverbände komme man nicht aus, sie müssen politisch beeinflusst werden, damit sie sich bei den Wahlen in zweckmäßiger Weise betätigen.“ Ein so bedeutungsvoller Faktor die Gewerkschaften für die Erhaltung des Friedens sind, müßten sie doch eine zuverlässige Kerntruppe im Kampf gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen werden.“ (Gehefte Zustimmung.) — So hieß es auf dem Verbandstage der Industriellen im vorigen Herbst.

Daß sich die gelben Gewerkschaften parteipolitisch betätigen, können die Herren Mumm und Behrens in der Broschüre „Die Gelben“ des „christlich-reaktionären Zentrums“, erschienen im Jahre 1912, nachlesen, und zwar auf den Seiten 9, 13, 14, 15, 25, 29, 37, 43, 47 bis 49. Auf Seite 102 fährt dann Herr Imbusch fort, wie die parteipolitische Betätigung der gelben Gewerkschaften bereits geübt wird. Ich will diese Angaben durch einige Beispiele bestätigen.

Der Arbeiterverein vom Werke „Kugsbura“, hat bei einer Landtagswahl vom Jahre 1907 folgenden Aufruf an seine Mitglieder erlassen: „Wir erachten es als unsere Pflicht, gleichwie bei der letzten Reichstagswahl auch bei der bevorstehenden Landtagswahl unsere Mitglieder daran zu erinnern, wie unser Verein vor und seit seiner Gründung von der Zentrum- und sozialdemokratischen Partei und deren Abgeordneten auf die gröslichste Weise angegriffen und beleidigt wurde, daß es deswegen kein Mitglied mit seiner Ehre vereinbaren kann, die vom Zentrum und der Sozialdemokratie vorgeklagten Landtagsabgeordneten zu wählen. Damit sich unsere Mitglieder ein richtiges Bild machen können über das Eintreten von Zentrum und Sozialdemokratie im Reichs- und Landtage hinsichtlich der Vertretung der Arbeiterinteressen, empfehlen wir bringen, jetzt schon verschiedene stattfindende Versammlungen der Liberalen fleißig zu besuchen.“ — Der stellvertretende Vorsitzende der Vorstandschaft: Wihl, Schwingler.“

Auf den Stimmzettel des Wahlen in Neunkirchen besteht ein ähnlicher Gewerkschaften. Im § 20 des Statuts dieses Vereins wird frant und frei den Mitgliedern folgendes zur Pflicht gemacht: „Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitgliederversammlungen, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen und kommunalen Wahlen übertragen werden.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefassten Beschluß strikte zu unterwerfen. Bei Zweifelsfragen tritt Art. 4 § 9 der Statuten — das ist der Ausschluß — in Kraft.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Also wer nicht ganz genau nach den Anordnungen bei Wahlen, Landtags- und Kommunalwahlen usw. stimmt, wird hinausgeschmissen.

Meine Herren! Der reichstreue Bergarbeiterverein in Mansfeld hat eine Jugendorganisation, und er soll dafür auch preussische Staatszuschüsse bekommen. Dieser Verein hat im August 1911 eine Generalversammlung abgehalten. In dem Bericht über diese Generalversammlung wird im Vereinsorgan ganz frank und frei über die Betätigung dieses gelben Vereins und seiner Jugendbewegung gesagt: „Bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeindevorständen sollen die Mitglieder geschloffen für vaterländisch geklunte Männer, welche das Wohl der Arbeiterschaft zu fördern geeignet sind, eintreten.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Zu den Wahlen können Beihilfen aus der Verbandskasse geleistet werden.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird also ausdrücklich gesagt, daß die Wähler aus der Verbandskasse dieses gelben Vereins befristet werden. Es heißt dann noch weiter: „Für die Reichs- und Landtagswahlen gelten die gleichen Vorschriften.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Doch wird bei diesen Gelegenheiten keine Leistung aus der Verbandskasse eintreten dürfen. Bei der nächsten Reichstagswahl tritt der Verband mit vollem Nachdruck für die Wiederwahl unseres verehrten Vertreters Herrn Dr. Brendt (Berlin) ein.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Schon jetzt wird in den Ortsgruppen, die in dem Wahlkreis des genannten Herrn bestehen, in diesem Sinne gearbeitet werden, in den übrigen Ortsgruppen für die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten ebenfalls gewirkt werden.“

Meine Herren, hier haben Sie also eine Jugendorganisation, hier haben Sie eine reine, offene, christlich zugestrebene parteipolitische Betätigung. Trotzdem kommen Sie mit Ihrem Antrag und wollen diesen das Vereinsgesetz verletzenden Vereinen auch noch Reichszuschüsse in die Finger stecken, damit sie noch weiter parteipolitisch sein und noch weiter das Vereinsgesetz verletzen können.

Meine Herren! Etwas Unselbster und heuchlerischer als der reichstreue Berg- und Sittenerbeiterverband in Mansfeld hat es der reichstreue Bergarbeiterverband in meinem Wahlkreise Waldenburg (Schlesien) getrieben. Dieser Verband treibt natürlich auch Politik, aber er tut so, als ob es nicht wahr wäre, denn in dem Organ dieses Verbandes, im „Feierabend“, wird über die Generalversammlung, die der Verband im Herbst 1912 abgehalten hat, in Nr. 90 vom 16. November 1912 berichtet: „Der Bericht geht davon auf die Reichstagswahl ein und hebt mit Macht hervor, daß sich der Verband parteipolitisch streng neutral verhalten habe. Konservativ, Reichsparteiler, Zentrum, anhängen, Nationalliberale, ja selbst Freisinnige haben unbehindert ihrer Zugehörigkeit zu den reichstreuen Arbeitervereinen sich nach ihren persönlichen politischen Anschauungen betätigen können.“ (Hört, hört! bei den Soz.) So heißt es noch im Herbst v. J. in dem Generalversammlungsbericht: „Es ist dieselbe unpolitische Betätigung, wie sie Herr Mumm hier vertreten hat, der sagt: wir wollen keine Parteipolitik, aber wir arbeiten der Sozialdemokratie entgegen. Meine Herren, wenn eine Richtung, die einer so großen, ja der stärksten Partei Deutschlands entgegenarbeitet, die Jugend instruiert, dann ist das doch nichts anderes als nackte Parteipolitik, darum kommen Sie nicht herum.“

Wie sieht es denn nun aber mit dieser neutralen Politik des reichstreuen Verbandes in Schlesien aus? In Nr. 18 des Verbandesorgans vom 5. Februar v. J. wird aus der Jugendabteilung — Herr Mumm! — des reichstreuen Bergarbeitervereins in Oberwaldenburg berichtet: „Nach dem Bundeslied „Wälder, reicht die Hand zum Bunde“ hielt der ebenfalls als Gast anwesende Parteisekretär Herr Grund einen von gesundem Humor durchwärmten feislernden Vortrag über die Geschichte Preußen-Deutschlands und die hiermit eng verbundene Geschichte der Hohenzollern (Hört, hört! bei den Soz.), dabei die großen Männer unserer Nation, besonders die Hohenzollernfürsten und deren Fürsorge für ihr Land und Volk hervorhebend.“ — Das ist nichts Politisches, Herr Mumm? In Nr. 18 dieses Organs der gelben Verbände in Schlesien vom 22. Februar 1913 heißt es vom reichstreuen Bergarbeiterverein Oberwaldenburg: „Herr Grund — das ist wieder der Parteisekretär — hielt einen Vortrag über nationale Wehrkraft. Die Versammlung folgte mit größtem Interesse den interessanten Ausführungen und spendete am Schluß reichlichen Beifall.“ Aber nun kommt folgender Satz in dem Bericht: „Der Vortrage, politische Aussprachende innerhals des Vereins einzuführen, ist statgegeben worden.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Alles nichts Politisches, Herr Mumm, alles unpolitisch, Herr Burkhardt?

Weiter will ich aus Nr. 37 des „Feierabend“ vom 10. Mai v. J. aus einem Bericht der Jugendabteilung des reichstreuen Vereins Waldenburg über eine Jugendversammlung einiges berichten: „Nach Bewirtung der Teilnehmer hielt Herr Neugebauer, Vorsitzender der Abteilung Oberwaldenburg, eine Ansprache. Einen Rückblick auf die vor-zwei Jahren erfolgte Gründung der reichstreuen Jugendabteilung wendend, schloß er den Zweck unserer nationalen Wehrkraft. Mit ihrem Wahlspruch: „Christentum, Monarchie und Vaterland“ stehe sie im Gegensatz zur sozialdemokratischen Wehrkraft mit der roten Parole: „Menschenemanzipation gegen Christentum, König und Vaterland.“ — Auch wieder nichts Politisches, nicht wahr, Herr Burkhardt? Sie sehen also, daß hier reine Parteipolitik getrieben wird.

Ich habe noch 13 Nummern des „Feierabend“, des Vereinsorgans des reichstreuen Bergarbeitervereins in Schlesien. Ich werde sie auf den Tisch des Hauses niederlegen. In Nr. 33 vom 26. April v. J. berichtet der reichstreue Bergarbeiterverein Oberwaldenburg, daß dort der Parteisekretär Grund einen Vortrag über die „Deutsche Wirtschaftspolitik“ hielt. (Hört, hört! bei den Soz.) In Nr. 15 vom 9. Februar v. J. steht eine Annonce des reichstreuen Arbeitervereins Weisshin über einen Vortrag über „Die Sozialdemokratie“, also wieder ein rein politisches Thema. In Nr. 70 des Organs vom 28. September 1912 wird berichtet, daß Parteisekretär Grund im reichstreuen Bergarbeiterverein Waldenburg einen politischen Vortrag hielt über „Die patriarchalische Zeit, Bismarck und die Sozialdemokratie“. In Nr. 18 vom 2. März 1912 wird aus Köhlendorf berichtet, daß dortige reichstreue Bergarbeiterverein einen Vortrag halten ließ vom Generalsekretär Daerr, Breslau über „Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie, 2. Teil“. In Nr. 40 vom 22. Mai 1912 steht ein Bericht aus Oberwaldenburg. Dort hat der Herr Sekretär Gerstberg einen Vortrag über „Die Wehrvorsorge“ gehalten. In Nr. 2 vom 6. Januar 1912 steht ein Wahlaufsatz des Vorstandes des reichstreuen Bergarbeiterverbandes, und auf der Rückseite eine Aufzählung von 11 Ortsgruppen, wo Wahlvorsätze angehängt werden. In Nr. 4 vom 13. Januar 1912 wird aus Oberwaldenburg berichtet, daß der Parteisekretär Grund über „Die bevorstehende Reichstagswahl“ sprach. In Nr. 104 vom 30. Dezember 1911 steht ebenfalls wieder der Wahlaufsatz des Vorstandes, des reichstreuen Bergarbeiterverbandes und aller Vorörter der Zweigvereine, die dem Verein angehören. Auf der Titelseite des Blattes steht dieser Wahlaufsatz zu den Reichstagswahlen. Der Vorstand ist unterzeichnet, alle Zweigvereinsvorsitzenden unterzeichnet, und da haben Sie den Mut zu sagen, daß dies keine Parteipolitik ist!

Ich möchte aber noch einige Tatsachen anführen. In Nr. 101 vom 20. Dezember 1911 wird unter Waldenburg geschrieben, daß es die Pflicht eines jeden reichstreuen Mannes sei, am 12. Januar die rote Fahne von Waldenburg wieder herunterzuholen. Namentlich: meine Herren, erkennen Sie doch an, daß dieser Verein parteipolitisch treibt, und Sie wollen, daß diese Vereine Reichszuschüsse bekommen? Selbst ein Teil Ihrer Fraktion (zu den Freikonserwativen) hat den Antrag unterschrieben. Dann heißt es in Nr. 100 des „Feierabend“ vom 16. Dezember 1911: „Der Vorstand fordert die Reichstagswähler aus,

die Wahllisten einzusehen.“ In Nr. 97 vom 6. Dezember 1911 ist ein Aufruf an die Eisenbahner, wie sich diese zu den Reichstagswahlen verhalten sollen, und dann wieder ein Bericht von Köhlendorf, wo Generalsekretär Daerr über „Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie, 1. Teil“ sprach. In Nr. 96 vom 2. Dezember 1911 ist ein Bericht des reichstreuen Bergarbeiterverbandes von Zellhammer, wo Sekretär Richter einen Vortrag über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ hielt und erklärte, daß die Mitglieder nur für reichstreue Kandidaten stimmen sollen. Dann kommt eine Annonce in derselben Nummer, in der Vorträge über die Bedeutung der Reichstagswahlen angekündigt werden.

Ich glaube, durch diese Aufzählung den Beweis geliefert zu haben, daß diese gelben Vereine tüchtig Parteipolitik treiben; aber niemand trümmt ihnen ein Haar. Wie ich schon sagte, ist uns aber gesagt worden, von der preussischen Regierung würde trotzdem diesen Vereinen ein Zuschuß gegeben, sowohl in Schlesien, wie in Mansfeld, und trotzdem sind diese Vereine noch nicht für politisch erklärt worden. Aber die Zahlstellen des Sozialarbeiterverbandes, des Bergarbeiterverbandes, des Textilarbeiterverbandes sind schon wiederholt, namentlich in Schlesien, für politische Vereine erklärt worden; man hat ihnen die Stimmentabellen überlassen und hat die Angabe der Vorstandsmitglieder von ihnen verlangt. Ja, man verlangt sogar von uns, daß wir die jugendlichen Mitglieder ausschleiden, weil unser Bergarbeiterverband ebenfalls ein politischer Verein ist. Begründet wird das damit, daß wir uns sozialpolitisch betätigen usw. Ich gehe heute nicht näher darauf ein, die Sache wird ja noch ausführlicher besprochen werden.

Man sieht hier, wie hier kriechend parteiisch gehandelt wird. Diese Vereine können sich alles erlauben, können sich jede Weisensübertragung erlauben, und kein Staatsanwalt findet sich, der einschreitet. Aber die freien Verbände greift man überall an, man will sie für politische Vereine erklären, damit sie keine Jugendlichen mehr aufnehmen können. Wie ist diese Parteilichkeit zu erklären? Der Fürst von Pleß ist Protektor der Gelben in Schlesien, er hat natürlich einen sehr großen Einfluß. Nur so kann man es sich erklären, daß sich dort kein Staatsanwalt findet, der gegen die gelben Vereine vorgeht. Wohl aber geht man, wie bemerkt, gegen die freien Verbände vor, die sich nicht den gelbten Teil sowie sozialpolitisch betätigen, wie die gelben Vereine Parteipolitik treiben. Es ist ja schon längst in die Öffentlichkeit gekommen, daß derselbe Fürst v. Pleß einem Amtsrichter Dr. Krause 8000 Mark unverzinstlich geliehen hat, und daß das Darlehen garnicht zurückgezahlt worden ist von dem Landtagsabgeordneten Amtsgerichtsrat Krause. Er ist ja schließlich von Waldenburg nach Erfurt versetzt worden. Aber er wird ja nicht der einzige gewesen sein, der ein solches Darlehen erhalten hat. Daher kann man es sich erklären, daß dort gegen uns so nach parteiisch verfahren wird, daß man aber gegen die gelben Vereine beide Augen zudrückt.

Herr Mumm hat nun beantragt, daß nur diejenigen Verbände Unterstützung bekommen sollen, die auf dem Standpunkt der jetzigen Staatsordnung stehen. Damit fordern sie ebenfalls auf einer Parteilichkeit auf und wollen ein Ausnahmengesetz gegen uns herausgeschubben. Sie werden aber damit nicht erreichen, was Sie erreichen wollen; denn wir werden in der Agitation erst recht wirksam nachweisen können, daß die nackte Parteilichkeit von oben mit Ausnahmengesetzen operiert. Mit Ausnahmengesetzen freilich — das hat schon der italienische Staatsmann Cavour gesagt — kann jeder Esel regieren. Wir müssen nun appellieren an diejenigen Parteien des Reichstags, die sich nicht eines schamlosen parteiischen Vorgehens schuldig machen wollen.

Daß freilich auch die Jugendbewegungen der anderen Richtungen mehr und mehr zu einer politischen Tätigkeit aufgerufen werden, das will ich zum Schluß nur noch eine Aeußerung aus Zentrumskreisen anführen. In der liberalen Zeitschrift „Historisch-politische Wälder“ ist kürzlich ein Artikel erschienen, der in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. März v. J. zitiert wird. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „... daß dort mehr und mehr der Parteisekretär unter Zustimmung der Redaktion nicht mehr und nicht weniger als eine offene politische Erziehung der Zentrumsjugend fordert, obwohl bisher nicht nur die gesamte bürgerliche wissenschaftliche Welt, sondern auch die führenden Zentrumskreise einhellig der Meinung waren, daß Jugend und Politik nichts miteinander zu tun hätten, und man sich in seinen Kreisen nicht genug über die angelegliche politische Tätigkeit in der proletarischen Jugendbewegung entrüsten kann. In dem Artikel wird die Gefährlichkeit der liberalen und sozialistischen Jugendbewegung für das Zentrum geschildert, und im Anschluß daran wird mit der alten Idee der Erziehungstheorie, daß man die Jugend mit der Politik verschonen solle, ganz energisch aufgeräumt.“ Also auch da sieht man das Bestreben, die Jugendbewegung politisch auszunutzen. Wenn Sie den Mut haben, für diese Resolution Mumm zu stimmen, nun, dann werden wir das gehörig seinageln. Ich glaube aber, meine Herren, an Sie appellieren zu können, daß Sie nicht solche ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten begehen. Ich bitte Sie deshalb, mit uns gegen die Resolution Mumm stimmen zu wollen. (Beifall bei den Soz.)

Die Volksversicherung.

Die Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge unterscheiden sich von denen der alten Gesellschaften in allen wesentlichen Punkten; vor allem in den Bestimmungen über die Umwandlung und den Rückkauf von Versicherungen.

Umwandlung von Versicherungen.

Bei einem bei zehn namhaften Versicherungsgesellschaften, die die Volksversicherung betreiben, erfolgten Gesamtabgänge von 600 226 im Jahre 1911 erloschenen Volksversicherungen sind 304 090 = 50,66 Prozent der Gesamtzahl ohne jede Vergütung verfallen. Ueber 800 000 Personen büßten die von ihnen bezahlten Eintrittsgelder von 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Versicherung und ihre an die Versicherungsgesellschaften entrichteten Prämien ein.

Nach den Versicherungsbedingungen der bestehenden Gesellschaften verfallen alle Versicherungen, wenn die Versicherten länger als vorgeschrieben mit ihren Zahlungen im Rückstand bleiben. In den ersten drei Jahren wird ihnen bei den meisten Gesellschaften keine Vergütung für die eingezahlten Prämien gezahlt; erst nach drei Jahren können die Versicherten laut Gesetz verlangen, daß ihre Versicherung in eine prämienfreie umgewandelt wird. Diese Umwandlung erfolgt in der Regel derart, daß die Versicherungssumme im Verhältnis der eingezahlten Prämien zu der Gesamtsumme der für die ganze Versicherungsdauer zu leistenden Prämien herabgesetzt wird.

Die Versicherungsgesellschaften behaupteten, auch die Volksfürsorge werde so verfahren müssen: Die Volksfürsorge hätte nun das schwerste Problem, den Verfall von Versicherungen nach Möglichkeit zu verhüten, ebenfalls nicht gut lösen können; wenn sie, wie die alten Gesellschaften, lediglich Kapitalversicherungen eingeführt hätte. Die Volksfürsorge hat aber neben dieser auch Sparversicherung, deren Einführung die großen Gesellschaften fast ausnahmslos stets abgelehnt haben.

Infolge Einführung der Sparversicherung ist die Volksfürsorge in der glücklichen Lage, schon im ersten Jahre des Bestehens einer Versicherung den Verfall fast ganz auszuschließen. In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es:

„Erfolgt die Zahlung der Prämien nicht binnen zwei Monaten vom Fälligkeitstag ab, so treten folgende Wirkungen ein:

a) Ist auf die Versicherung noch nicht eine volle Jahresprämie gezahlt, so wird sie in eine Sparversicherung umgewandelt, wobei die eingezahlten Prämien abzüglich 20 Prozent, mindestens aber von 1 Mk., dem Versicherten angerechnet werden.

b) Hat die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden und ist die Prämie für diesen Zeitraum bezahlt, so wandelt sich die Versicherung von selbst in eine prämienfreie um.“

Die Umwandlung erfolgt in der Weise, daß an die Stelle der vereinbarten Versicherungssumme der Betrag tritt, der sich für das Alter des Versicherten ergibt, wenn die auf die Versicherung entfallende Prämienreserve als einmalige Prämie angesehen wird.

Beide Arten der Umwandlung sind für die Versicherten die denkbar günstigsten. Im ersten Jahre der Versicherung ist für die Versicherten die Umwandlung auf Sparversicherung am vorteilhaftesten; bei schon längerer Einzahlung größerer Prämiensummen wirkt für die zweite Art günstiger.

Ohne irgendwelche Vergütung werden bei der Volksfürsorge also nur in wenigen Ausnahmefällen Versicherungen verfallen; der jetzt gesetzlich geringe Abzug am ersten Jahre der Versicherung von 20 Prozent

der eingezahlten Prämien war notwendig, um nicht die Interessen der regelmäßigen Zahler zu schädigen. Die Volksfürsorge hat bei jeder Versicherung von vornherein Risiko zu tragen. Stirbt der Versicherte im ersten Versicherungsjahre, so werden die eingezahlten Prämien zurückgezahlt; tritt der Tod infolge eines körperlichen Unfalls ein, so wird die volle Versicherungssumme gezahlt. Für jede Versicherung entstehen außerdem Verwaltungskosten, so daß der Betrag von 20 Prozent der eingezahlten Prämien als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist.

Kündigung resp. Rücklauf von Versicherungen.

Die Gegner der Volksfürsorge haben, obwohl sie von ihren Versicherungsbedingungen nicht die geringste Kenntnis hatten, fortgesetzt die Mär verbreitet, die Volksfürsorge beabsichtige eine letztere Umänderung der Versicherer von der Wiege bis zum Grabe. Aber sich der Volksfürsorge einmal angeschlossen habe, sei ihr unrettbar für seine ganze Lebenszeit verfallen.

Die Gegner sind im Irrtum. Die Volksfürsorge handelt nicht die Bahnen der alten Gesellschaften, in deren Versicherungsbedingungen es heißt:

„Eine vorzeitige Zahlung für die Volksversicherungen oder deren Bezeichnung durch die Gesellschaft oder ein Rücklauf findet nicht statt.“

Dagegen heißt es in den Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge für die Kapitalversicherungen:

„Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit zum Schluß des Versicherungsjahres kündigen.“

Im Fall einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge vier Fünftel der auf die Versicherung geschätzten Prämienreserve gegen Rückzahlung der Prämienreserve.

Bei den Sparversicherungen lautet der Passus:

„Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit kündigen.“ Im Fall einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge 95 Prozent der für die Versicherung angesammelten Prämienreserve und die nicht gutgeschriebenen Prämien zurück.

Welche Gesellschaft außer der Volksfürsorge gestattet bei der Volksversicherung unter derart kulantem Bedingungen die Kündigung von Versicherungen?

Die Volksfürsorge bedarf keines Zwanges; sie wird ihre Leistungen und ihre Taten reden lassen.

Rückkaufs- und Umwandlungsstellen.

Für den Versicherten ist der normale Ablauf der Versicherung immer das günstigste. Bei einem Rücklauf oder einer Umwandlung der Versicherung in eine prämienfreie entstehen für den Versicherten Verluste selbst dann, wenn, wie dies bei der Volksfürsorge der Fall ist, in der kulantesten Weise verfahren wird. Auch die Volksfürsorge muß sich an die gesetzlichen Vorschriften über die Bildung von Prämienreserven für die Versicherten halten; sie kann und darf nicht die Interessen derjenigen, welche ihre Prämien bis zum Ablauf ihrer Versicherung regelmäßig zahlen, zugunsten solcher Versicherten schädigen, welche die Versicherung vorzeitig aufgeben. Für jede eingegangene Versicherung hat die Gesellschaft Risiko getragen, sind ihre Verluste erwachsen, wofür bei einer Umwandlung oder einem Rücklauf Abzüge gemacht werden müssen.

Was aber bisher das große Mißtrauen im Volke gegen die Versicherungsgesellschaften nachgerufen hat, war der Umstand, daß sie bis auf wenige Ausnahmen die Versicherten völlig im unklaren darüber ließen, auf welche Beträge sie im Falle einer Umwandlung oder bei einem Rücklauf Anspruch hatten.

Die Volksfürsorge wird auch nach dieser Richtung reformierend wirken.

In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es deshalb ausdrücklich:

„Die Höhe des Betrages für den Schluß des einzelnen Versicherungsjahres ergibt sich aus der dem Versicherungsnehmer beigefügten Tabelle.“

Aus der seinem Versicherungsscheine beigefügten Tabelle kann jeder Versicherte ersehen, auf welchen Betrag er bei einer Umwandlung oder bei einem Rücklauf rechtmäßigen Anspruch hat.

Wahrheit und Klarheit ist die Grundlage des Vertrauens! Für die Volksfürsorge gibt es ihren Versicherten gegenüber keine „Geheimnisse“!

Keine besonderen Gehrentarife.

Die Grundlage des ganzen Versicherungswerts der Volksfürsorge ist die allgemeine Solidarität der Interessen; sie hat deshalb auch nicht, wie dies von mehreren älteren Gesellschaften geschehen, für besonders gefährdete Berufs Ausnahmestimmungen geschaffen. Nach den Praktiken der alten Gesellschaften sind für Berufsstände, die Sterblichkeit eine höhere als im allgemeinen Durchschnitt ist, Sondertarife mit höheren Prämien resp. niedrigeren Versicherungssummen eingeführt worden, oder es wird, falls der gleiche Tarif zur Anwendung gelangt, das Eintrittsalter für Angehörige solcher Berufsstände einige Jahre hinausgeschraubt, wodurch ebenfalls eine Erhöhung der Prämien resp. Erniedrigung der Versicherungssummen bewirkt wird, oder die Agenten erhalten Anweisung, bei diesen mit einem bestimmten günstigen Tarif überhaupt nicht zu akquirieren.

Auch die Volksfürsorge kann selbstverständlich nicht schwerranke Personen, deren Ableben bald zu erwarten steht und welche von allen Gesellschaften abgelehnt werden, versichern; sie würde sonst leichtfertig handeln und mit enormen Sterblichkeitsverlusten zu rechnen haben. Die Volksfürsorge macht jedoch keinen Unterschied nach der Berufsangehörigkeit, sie hat keine Ausnahmestimmungen für Bergarbeiter, Tabakarbeiter, Buchdrucker usw.; die eingeführten Tarife gelten für alle ohne Ausnahme.

Bei dem großen Interessentum der Volksfürsorge ist das höhere Risiko, welches sie dadurch trägt, auf die Allgemeinheit berechnet, ein außerordentliches. Die Volksfürsorge wird in allen Teilmitteln Deutschlands, in allen Berufsständen gleichmäßig Versicherungen abschließen und kann deshalb ohne Gefahr alle Volksgenossen gleich behandeln.

Gewähr für den Erfolg der Volksfürsorge.

Eine Volksversicherung wird nur dann für die Versicherten von Erfolg sein, wenn große Massen des Volkes sich bei ihr beteiligen. Je größer die Zahl der Versicherten, desto größer die Gewähr, daß die Wahrscheinlichkeitsberechnungen, auf welchen sie basiert, zutreffen werden. Je mehr Versicherungen, desto geringer das Risiko für die Gesellschaft, desto erheblicher und mit den Jahren stetig wachsend die Gewinnanteile für die Versicherten.

Die Volksfürsorge hat in dem Interessentum der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihrer Familienangehörigen eine sichere Gewähr dafür, daß sie im Laufe der Jahre Millionen von Versicherten gewinnen wird. Dazu kommt, daß sie ihre Werbearbeit nicht auf diese Kreise beschränkt, sondern alle, ohne Rücksicht auf ihre religiösen, politischen und wirtschaftlichen Anschauungen, für sich zu gewinnen beabsichtigt.

Vor allem wird die Volksfürsorge aber allen anderen Gesellschaften gegenüber obliegen aus dem Grunde, weil die Vertrauenspersonen der Gewerkschaften und Genossenschaften für sie freudig und gern gegen geringe Entschädigungen wirken werden. Die Ersparnisse, welche dadurch in den Werben und Anlaufkosten erzielt werden, kommen ausschließlich den Versicherten zugute.

Zur Kennzeichnung des großen Unterschieds hinsichtlich der Verwaltungskosten der Volksfürsorge und der alten Gesellschaften diene folgender Vergleich:

Die „Victoria“, die größte und bestorganisierte Versicherungsgesellschaft, veranschlagte 1912 an Abschlußprovisionen bei ihrer Volksversicherung 243 474 Mk. gleich 4,5 Prozent der Prämienentnahme im Betrage von 7291 Millionen Mark. Diese Summe, auf 437 203 neu abgeschlossene Versicherungen verteilt, ergibt an Anwerbekosten für eine einzige Versicherung 7,35 Mk.

Für die Entgegennahme und Vermittlung eines Versicherungsantrags wird dagegen die Volksfürsorge ihren Vertrauenspersonen nur

80 Pf. zahlen. Diese 80 Pf. werden aus der Beitrittsgebühr von 1 Mk. nicht aus der Prämienentnahme beglichen. 10 Pf. werden für die örtliche Verwaltung gerechnet; 60 Pf. gehen an die Zentrale für Police, Druckkosten usw.

In Anlaufprovisionen veranschlagte die „Victoria“ 1912 bei ihrer Volksversicherung 1581 008 Mk. gleich 13,14 Prozent der Prämienentnahme.

Bei der Volksfürsorge erhalten die Vertrauensleute für die Entgegennahme der festen Monatsbeiträge 6 Prozent; die örtliche Rechnungsstelle bekommt 8 Prozent. Bei der Spar- und Mißberversicherung werden für die Vertrauensleute 8 Prozent, für die örtliche Rechnungsstelle 1 Prozent der Prämienentnahme berechnet.

Der Prämienentnahme werden bei der Volksfürsorge also nur 6 resp. 4 Prozent für Anlauf und örtliche Verwaltung entnommen.

Infolge ihrer großen Zahl der Versicherungen hat die „Victoria“ verhältnismäßig die niedrigsten Verwaltungskosten von allen alten Gesellschaften; ein Vergleich mit anderen Gesellschaften würde den Unterschied zugunsten der Volksfürsorge noch mehr hervorheben lassen. Welche enormen Summen durch die geringeren Verwaltungskosten für die Versicherten erspart werden, kann sich nach vorstehendem jeder selbst berechnen. 4 Prozent geringere Anlaufkosten bedeuten bei der Prämienentnahme der „Victoria“ schon das nette Einkommen von circa 2 Millionen Mark.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Selbsthilfe!

Auf dieser Grundlage beruht die Volksfürsorge! Wie aber Gewerkschaften und Genossenschaften sich in ständiger Aufwärtsentwicklung befinden, wie sie ihre inneren Einrichtungen ständig weiter zum Nutzen ihrer Mitglieder ausgebaut haben, so wird es auch für die Volksfürsorge sein! Die Volksfürsorge beginnt ihr Reformwerk! Der weitere Ausbau desselben hängt von der Unterstützung der Volksgenossen ab! Die Volksfürsorge braucht nicht nur Versicherte, sie braucht auch Mitarbeiter! Eine wahre Fürsorge für das Volk in den Notlagen des Lebens kann nur vom Volke selbst geschaffen werden! Die Volksfürsorge verfolgt keine Sonderzwecke! Sie wendet sich an alle Volksgenossen und fordert sie auf, mitzuwirken, mitzuhelfen, um die Grundpfeiler zu festigen zu dem Bau der Volksfürsorge für die Zukunft der Kinder des Volkes!

Geständnis des Arbeitererrats.

Auf der letzten Generalversammlung des Anhaltischen Arbeitervereins machten Vertreter der Mittelstände gegen das Zentrum mobil, weil es die Interessen des Mittelstandes in den Parlamenten nicht genügend vertreten habe. Ein Redner warf die Frage auf, wie es zu verstehen sei, daß die Arbeiter im Zentrum zutiefst seien, während das Zentrum die Mittelständler nicht zufrieden bekommen könne. Auf diese Frage gab Herr Siegemund die Antwort. Nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“, die wir zitieren, sagte der „christliche“ Arbeiterführer:

„Die verhältnismäßige Zufriedenheit der christlichen Arbeiterschaft habe nicht etwa, wie angedeutet worden sei, ihren Grund in einer völligen Befriedigung ihrer berechtigten Forderungen, vielmehr habe die christliche Arbeiterschaft speziell auch an die Zentrumspartei noch eine lange Reihe von dringlichen Wünschen; die vorläufig abwartende, ruhige Haltung der organisierten christlichen Arbeiterschaft sei hauptsächlich das Verdienst der Führer, die mit voller Abstrichlichkeit, namentlich seit dem Finanzreformgesetz in der Zeit des Blauschloß mit aller Kraft und mit allem Verstand „gekrempelt“ hätten, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im allgemeinen habe sich trotz der aufsteigenden Bewegung der ohne wesentlich veränderten infolge der ganz unverschämten Forderung. Da sollten sich also die Führer des Mittelstandes an den christlichen Arbeiterführern ein Beispiel nehmen.“

Damit war durch Siegemund selbst festgestellt, daß die „christlichen“ Arbeiterführer mit Erfolg gekrönt haben, wenn die „christlichen“ Arbeiter auf Erfüllung ihrer Forderungen drängten oder sich gegen Verschlechterungen ihrer Lage durch die Gesetzgebung wehrten.

Die Arbeiterpresse hat dieses Geständnis des Arbeitererrats gebührend festgehalten. Herr Siegemund suchte sich dann mit einer gewissen Erklärung gegen die Feststellung der „Rhein.-Westf. Ztg.“ herauszugeben. Er habe seiner Rede einen anderen Sinn unterlegt usw. Man kennt das ja, wie die „Christenführer“ alles, was sie unliebsam bloßstellt, abzustreiten versuchen. Jetzt kommt die „Königliche Volksztg.“ in ihrer Nummer 547 vom 25. Juni her und bestätigt, wenn auch mit anderen Worten, das, was die „Rhein.-Westf. Ztg.“ über die „christlichen“ Arbeiterführer als Bremser zu berichten wußte.

Es sind die weidwärtigen Bauern, die zurecht gegen das Zentrum rebellieren und ihm vorwerfen, daß es bei der jetzigen Wehrbedeckungsvorlage die Interessen der Bauern nicht genügend wahrgenommen habe. Der Jörn der Bauern richtet sich ganz besonders gegen das Zentrum, weil es einer Besteuerung des Kindesverbes zugestimmt hat. Die „König. Volksztg.“ gibt das zu und sagt, das Zentrum hätte in dieser Frage die Sonderinteressen den allgemeinen Interessen opfern müssen. Sie verstehe nicht, wie deshalb die Bauern aufbegehren könnten. Die Bauern sollten sich doch an den „christlichen“ Arbeiterführern in den Parlamenten ein Beispiel nehmen:

„Als 1909 die Reichsfinanzreform gemacht werden und nach dem Vertrag des Liberalismus das in die Ecke gestellte Zentrum dem Reich aus der Not helfen sollte, da trat an die Arbeiterorganisation in mehr als einer Form die Berufung heran, eigene Interessen über die Interessen der Allgemeinheit zu stellen und nicht mit der gesamten Fraktion gegen die Erbschaftsteuer, sondern mit der Linken für die Erbschaftsteuer einzutreten. Die Führer der Arbeiter und der christlichen Gewerkschaften waren sich damals der schweren Verantwortung wohl bewußt, die sie mit einem solchen Schritt auf sich geladen hätten. Sie haben die allgemeinen über die Sonderinteressen gestellt und sind, soweit sie der Zentrumsfraktion angehören, an die Seite der Landwirte, des Mittelstandes, kurz der übrigen Stände getreten, um die vom Liberalismus geplante Witwen- und Waisensteuer abzuwehren und die Herrschaft des Liberalismus damit auch in der wirtschaftlichen Gesetzgebung zu verhindern. Namentlich die Zentrumsgesandten, die zugleich Arbeiterführer waren, haben damit ein großes Beispiel von Selbsterziehung, von politischem Scharfsinn und von kollegialem Takt bewiesen, das nachahmenswert war. Dagegen haben die Führer der christlichen Bauernvereine im Westen, soweit sie jetzt an der Aufreizung der Bauern gegen die Zentrumsfraktion und gegen die Reichsbedürfniszwachsteuer tätig sind, den Führern anderer Stände ein böses Beispiel. Sie jellte das werden, wenn nächstens führende Persönlichkeiten des Mittelstandes in der Fraktion ihre Standesgenossen aufreizen, gegen Forderungen des Bauernstandes, namentlich speziell des Großgrundbesitzes? Oder wie sollte die Erneuerung der Handelsverträge möglich werden, wenn etwa die Arbeiterführer vor den Reichstagsverhandlungen über den Zolltarif und die Handelsverträge in gleicher Weise mit Resolutionen und Erklärungen die Arbeiter aufreizen zum Kampf gegen die agrarischen Interessen, wie es jetzt in kurzschichtiger Weise Führer des Bauernstandes in anderer Richtung entgegen den allgemeinen Interessen tun?“

Damit ist voll und ganz das bestätigt, was die Rhein.-Westf. Ztg. Herr Siegemund in den Mund legte. Das führende Zentrumsglied gibt zu, daß die Reichsfinanzreform im Jahre 1909 die Arbeiter geschädigt hat. Die Arbeiterführer hätten aber der Berufung widerstanden, im Interesse der Arbeiter mit der Linken im Reichstag für die Erbschaftsteuer einzutreten. Sie hätten auch nicht, wie jetzt die Bauern, die Arbeiter gegen das Zentrum aufgereizt, die haben Resolutionen und Erklärungen der Arbeiter gegen die Haltung der Zentrumsfraktion zu verhindern gewußt, trotzdem eine Schädigung der Arbeiter durch die Reform hervorgerufen wurde.

Wir erfahren hier durch die „König. Volksztg.“, wie „christliche“ Arbeiterabgeordnete zum Schaden der Arbeiter im Dienste der Zentrumspolizei tätig sind, wie sie im Interesse der Junker und Junkerfrauen die Wünsche der „christlichen“ Arbeiter hintanhaltend und wie sie es verstehen, eine Empörung und Opposition der armen Betroffenen nicht aufkommen zu lassen.

Die „Arbeiterführer“ sind ja nur die willenlosen Werkzeuge des hohen Klerus, der als Aufwärtstendenz ihr Tun und Gedenken bezieht,

während die „christlichen“ oder katholischen Bauern selbständig handeln, der Geistesfreiheit so lange folgen, als es in ihrem Interesse liegt. Für die Bauernvereine gibt es keine Enghirnigkeit „Singulari quadam“, gibt es keine Unterwerfung unter das Episkopat, folglich auch keine „Bremser“ auf Kommando und keine „Führer“, die ihre Interessen direkt mit Füßen treten, wie es die „christlichen Arbeiterführer“ bei jeder Gelegenheit machen.

Nur dieses Eingeständnis des Arbeitererrats der „christlichen Arbeiterführer“ kann man der „König. Volksztg.“ eigentlich dankbar sein. Was aber sagt Herr Siegemund jetzt zu dieser neuen Bloßstellung, die ihn und seine Genossen trifft?

Volkswirtschaftliche Rundschau. Die Schwarzgen und die Volksfürsorge.

Die Angst der Meritalen vor der am 1. Juli in Wirklichkeit treibenden Volksfürsorge hat sich allgemein zum Verfolgungswahn ausgewachsen. Wie zitiert aus einer in der Nummer 54 der „König. Volksztg.“ als Leitartikel veröffentlichten Zuschrift:

„Zur Abwendung dieser drohenden Gefahr ist es notwendig, daß unverzüglich in allen Orten unseres deutschen Vaterlandes dringend darauf gewirkt wird, der sozialdemokratischen Volksfürsorge sich anzuschließen. Diese Warnungen werden am besten durch die Lokalpresse an die Spitze des lokalen Teils erlassen. Dann müssen sobald wie eben möglich alle Vorstände der am Orte bestehenden katholischen Vereine eine gemeinsame Sitzung abhalten, um zu beraten, was zur Abwehr der Gefahr geschehen soll. Als wirksames und durchschlagendes Abwehrmittel erscheint uns, daß wir uns voll und ganz und Mann für Mann in den Dienst unserer vorzüglichen Zentralverbände „Leo“ in Köln stellen.“

Alleorts müssen die leitenden Kreise, besonders auch die Vertrauensleute und Vereinsvorstände, sich ausnahmslos in den Dienst der Sache stellen. Es muß mit Energie und Eifer gehandelt werden, ehe es zu spät ist. Wir haben so manchen Schlag von jener Seite pariert, das muß und wird uns auch jetzt gelingen, wenn jeder voll und ganz seine Pflicht tut.“

Weiter gibt der Artikel „Hinke“ aus der „Sozialpolitischen Korrespondenz des Volksvereins für das katholische Deutschland“ wieder. Es heißt da:

„Da hier alle katholischen Vereine einen gemeinsamen Feind gemeinsam schlagen müssen, werden Versammlungen für alle diese zusammen zu veranstalten sein. Die Versammlungen müssen natürlich gut vorbereitet werden durch Flugblatt, Hinweis in der Presse, Einladung durch Vertrauensmänner usw. Für die Veranstaltung von Versammlungen ist allerdings der Sommer nicht günstig. Da aber die Aufführung nicht auf den Winter verschoben werden darf, so muß das eben möglich geschehen. Auf große Versammlungen kann im allgemeinen nicht verzichtet werden, denn durch sie wird der jetzigen Aufklärungsarbeit im kleinen Kraft und Schwung gegeben.“

Selbstverständlich sind außerdem auch die Versammlungen des Volksvereins für das katholische Deutschland für die Abwehrarbeit gegen die Volksfürsorge der geeignete Ort. Auf die große Aufklärung in der Versammlung folgt die Kleinarbeit von Haus zu Haus. Auf ihr ruht der ganze Erfolg. Viele Leute kommen nicht zur Versammlung. Nicht wenige Familien gehören keinem Verein an, und doch haben gerade sie die Aufklärung am meisten nötig. Es muß darum in jedes Haus und in jede katholische Familie ein geeigneter Flugblatt gebracht werden, wie die Lesekasse ein solches unentgeltlich liefert. Sache aller, denen das Wohl des Volkes am Herzen liegt, ist es nunmehr, mit dafür zu sorgen, daß die Gefahren, die von der sozialdemokratischen Volksfürsorge zu erwarten sind, mit Nachdruck und Erfolg abgewendet werden.“

Und weshalb diese an die Ausbreitung eines asiatischen Amokläufers erinnernden Angstreize? Die moderne Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung hat eine großartige Einwirkung geschaffen, durch die dem jetzigen Zustande ein Ende gemacht werden soll, der die Welt in jährlück zugunsten des Versicherungskapitals um ungezählte Millionen beraubt. Es gilt, dem Zustande ein Ende zu bereiten, der den privaten Gesellschaften gestattet, aus den Notlagen der Versicherungsbedürftigen 20 bis 40 Prozent Verwaltungskosten zu vergüten, Direktoren und Aktionären märchenhafte Gehälter und Dividenden zu gewähren, bei derart brutalen Bestimmungen für die Versicherten, daß in Deutschland in drei Jahren nicht weniger als eine Million Personen verfallen sind. In der gleichen Zeit schrieb die „Victoria“ den Versicherten bei einer Einnahme von etwa 200 Millionen ganze 29 Millionen Mark an Gewinnanteilen gut, so daß der Gesellschaft 170 Millionen Nettoeinnahmen blieben. Ihrem Direktor zahlte die Gesellschaft die ungeheure Summe von 800 000 Mark pro Jahr. Die Schwarzgen „Volksgenossen“, deren wohlhabende Kreise sich an den Versicherungsunternehmungen beteiligten, hätten diese standeslosen Zustände bis in alle Ewigkeit unangefochten gelassen, wenn nicht die moderne organisierte Arbeiterschaft in Aktion getreten wäre. Nicht die letztere, sondern die Schwarzgen machen das Versicherungsbedürfnis zur Parteisache, wie in den obigen Zitaten mit nackten Worten zugehört wird. Das Toben und Verleunden der Zentrumsgemagogen wird den denkfähigen Teil des bespödischen Volkes zu verdoppeltem Eifer in der Werbetätigkeit für die Volksfürsorge anspornen.

Statistik der deutschen Eisenbahnen für 1911.

Nach der im Reichseisenbahnen bearbeiteten Statistik ist die Gesamtlänge der deutschen Eisenbahnen, abgesehen von den sogenannten Kleinbahnen, von 51 092 Km. Ende 1901 auf 59 992 Km. Ende 1911 gewachsen. Davon entfielen 46 781 Km. oder 91,5 Prozent auf Staatsbahnen und 5211 Km. oder 8,5 Prozent auf Privatbahnen. Der Betriebsart nach waren 34 523 Km. oder 57,5 Prozent Haupt- und 25 469 oder 42,5 Prozent Nebenbahnen. Gegenüber 1901 haben die Hauptbahnen um 6,4 Prozent, die Nebenbahnen um 36,6 Prozent zugenommen.

Zur Bewältigung des Verkehrs dienten den Eisenbahnen im Rechnungsjahr 1911: 27 701 Lokomotiven, 59 857 Personenvagen und 613 001 Gepäck- und Güterwagen. Die Gesamtentnahme der vollen spürigen Eisenbahnen betrug im Jahre 1911: 3058 Mill. Mark gegen 1828 Mill. Mark im Jahre 1901. Sie hat also in zehn Jahren eine Steigerung von 68 Prozent erfahren. An der Gesamtentnahme war die Personen- und Gepäckbeförderung mit 28,3 Prozent gegen 28,9 Prozent im Jahre 1901 beteiligt. Es wurden hieraus 927 bezw. 571 Millionen Mark vereinnahmt. Auf die einzelnen Wagenklassen entfiel bei der Gesamtentnahme aus der Personenbeförderung in Prozent 1. Klasse 1901: 4,34, 1911: 2,98; 2. Klasse 1901: 27,15, 1911: 17,07; 3. Klasse 1901: 48,20, 1911: 42,95; 4. Klasse 1901: 23,20, 1911: 35,31; Militärbeförderung 1901: 2,02, 1911: 1,71. Es hat also eine klar erkennbare Umwandlung der Reisen in den höheren in die niederen Wagenklassen stattgefunden, eine Folge der Einführung der Nahverkehrstouren.

Zur Güterverehrung stieg die Einnahme von 1901—1911 von 1252 auf 2192 Mill. Mk. Während im Personenverkehr eine Einnahme auf das Kilometer Befahrung von 15 926 Mk. erzielt wurde, brachte im Güterverkehr jedes Kilometer nur eine Einnahme von 35 890 Mk. Endlich sei noch erwähnt, daß die gesamten Betriebseinnahmen (ausgeschlossen des Sachzinses) sich von 1909 2011 Mk. im Jahre 1901 auf 3208 Mill. Mark im Jahre 1911 gehoben haben, während die Ausgaben (ausschließlich der Erweiterungs- und Ergänzungsausgaben) sich von 1287 auf 2117 Mill. Mk. erhöhten, wodurch der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben sich von 683 auf 1151 Mill. Mark steigerte.

Das Geburtenelend in Deutschland.

Es hat wohl kaum jemals eine Epoche so starker wirtschaftlicher und sozialer Gegenätze in Deutschland gegeben, wie wir sie gerade jetzt im Zeitalter der industriellen Entwicklung erleben. Noch nie war der Reichtum auf der einen und das Elend auf der anderen Seite so groß wie in unseren Tagen. Die ungeheuren Abstände zwischen Arm und Reich zeigen sich schon in dem Moment, wo der deutsche Staatsbürger geboren wird. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß in den Familien unseres Hochadels sowie der Finanzaristokratie die Geburten nur ganz zuverlässige Gebanmen, Pflegerinnen und Autoritäten auf dem Gebiete der Gynäkologie zugezogen werden. Ein großer Teil des Publikums hat aber wohl schwerlich eine Ahnung davon, unter welchen Verhältnissen sich eine Geburt in den ärmeren Volksschichten vollzieht. Von einer Frau, die durch ihre jahrelange Tätigkeit im Dienste der Wohlhabenden einen zuverlässigen Einblick in das soziale Milieu des Großadelsparlaments besitzt, hören wir folgenden Fall: In einer mit Kindern schon reich „gesegneten“

Arbeiterfamilie in Berlin O. stellt sich der Storch zum foundsoviellen Male als ungeliebter Gast ein. Für die vorhandenen Kinder kann der Vater bei den jetzigen schlechten Zeiten kaum mehr als ein paar Stunden trockenes Brot zur täglichen Ernährung beschaffen. Geld ist so gut wie gänzlich vorhanden, eine Gebarmme also nicht zu beschaffen. Eine gefällige, nicht minder arme Plurachbarin betritt deren Stelle und erhält als Belohnung für ihre Dienste ein kleines Töpfchen Schmalz, das die Wöchnerin wenige Tage vor ihrer Niederkunft gefüllt bekommen hat. Man glaube ja nicht, daß derartige Fälle Einzelfälle sind und daß so etwas vielleicht nur in den dunkelsten Großstadtbereichen vorkommen kann. Es sei noch darauf verwiesen, daß in einem märkischen Dorfe, dessen Bewohner vorwiegend Ziegeleiarbeiter sind, die Gebarmme gleichzeitig Schankwirtin ist. Das Gastwirtsgeerbe liegt ihr natürlich mehr am Herzen als die Not der Wöchnerinnen. So ist es möglich, daß in diesem Dorfe die meisten Frauen von ihren Männern entbunden zu werden müssen; die Gebarmme erscheint trotz rechtzeitiger Benachrichtigung in der Regel erst auf der Wildbläde, wenn man ihrer nicht mehr bedarf. Wären die Familien in der Lage, die Gebarmme besser zu bezahlen, so würde diese natürlich auch dienstfertiger sein. Für die Wichtigkeit dieser Angaben verbürgt sich der Gemeindefeldwart des betreffenden Ortes. Es wäre zu wünschen, daß die Behörden, die von höheren Stellen angewiesen sind, Erhebungen über die Lebensden des Geburtenrückganges anzustellen, gerade dem Gebarmmenwesen ihre besondere Aufmerksamkeit widmeten. Auch die hohe Säuglingssterblichkeit in den Arbeitervierteln der Großstädte und in den Industrieregionen würde hierdurch vielfach aufgeklärt werden können. Daß der Gesundheitszustand der Wöchnerinnen bei dieser Sachlage ein durchaus unbefriedigender sein muß, daß insbesondere Kindbettfieber und Infektionskrankheiten massenhafte Opfer fordern, liegt auf der Hand. Deutschland hat seinen Grund, sich mit den Erfolgen seiner Sozialpolitik zu brüsten, solange noch nicht einmal dafür gesorgt ist, daß alle Entbindungen durch zuverlässige, geschulte Kräfte vorgenommen werden. Die Verstaatlichung des Gebarmmenwesens und kostenfreie Geburtshilfe für Unbemittelte sind die elementarsten Forderungen moderner Sozialpolitik. Außerdem sollte den Gebarmmen die Möglichkeit gegeben werden, in allen Fällen, wo öffentliche Not vorhanden ist, für die Ernährung und Pflege der Wöchnerinnen wie des Kindes zunächst Sorge zu tragen. Die Verluste an Menschenleben und Volkskraft, die dem Deutschen Reich durch die heutigen unbefriedigenden Zustände entgehen, sind sicherlich ganz ungeheuer. Man sollte meinen, daß der moderne Staat, der doch die Verhütung des seelischen Lebens mit schweren Strafen bedroht, alles daran setzen würde, einen sachgemäßen Völlzug der Entbindungen sicherzustellen. Wenn solche Fälle wie die oben geschilderten sich in der Reichshauptstadt sowie in der nächsten Nähe derselben ereignen, wie muß es dann erst in Ostpreußen, im ober-schlesischen Industriegebiet und in jenen Gegenden, wo die fälschlich lehrende Hausindustrie ihren Sitz hat, ausfallen? Die private Wildbläde ist natürlich nur in einem ganz minimalen Teil aller Fälle in der Lage, helfend einzugreifen. Umfassende Hilfe kann nur durch allgemeine staatliche Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge geschaffen werden.

Der „christliche“, Holzarbeiter über die Wirtschaftslage.

Das Organ des „christlichen“ Holzarbeiterverbandes, „Der Holzarbeiter“ (Nr. 28 vom 27. Juni 1912), schreibt über die Wirtschaftslage: „Die Arbeit des Verbandes im Jahre 1912 hat wiederum vielen Kollegen eine erhebliche Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebracht. Das, trotzdem die Wirtschaftslage im allgemeinen nicht mehr so günstig war als in den vorhergehenden Jahren.“ Als unser Verband Ende 1910 eine Lohnbewegung einleitete, lehnte der „christliche“ Streikbruchgewerkschaft ein gemeinsames Vorgehen ab, weil angeblich die Wirtschaftslage zu ungünstig war, und auch der „christliche“ Holzarbeiter“ blieb in dasselbe Horn. Jetzt schreibt nun dasselbe „Christenblatt“, 1912 sei die Wirtschaftslage im allgemeinen nicht mehr so günstig gewesen, als in den vorhergehenden Jahren; das ist genau das Gegenteil von dem, was das Blatt früher aus Anlaß unserer Lohnbewegung geschrieben hat.

Zur Reform der Berginspektion. Steigende Unfallzahlen im Bergbau.

Selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ muß zugeben, daß im Jahre der Hochkonjunktur 1912 das Risiko der Bergarbeiter gestiegen ist. Wir entnehmen dem Blatte folgenden Bericht: Die Unfallstatistik des Jahres 1912 im rheinisch-westfälischen Bergbau weist eine Steigerung auf. Nach dem Geschäftsberichte der Knappschäfts-Verfügungsgesellschaft Sektion II ereigneten sich im Jahre 1912 bei einer Gesamtbeschäftigung von 386 641 in 272 Grubenbetrieben 59 563 Unfälle gegen 55 675 im Jahre 1911, mithin eine Steigerung der Unfallziffer um 3888 gegen das Vorjahr. Dabei hat sich die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten versicherten Personen um 14 637 gegen 1911 vermehrt. Die beachtenswerte Statistik läßt wieder den Samstag als den an Unglücksfällen reichsten Tag der Woche erscheinen. Die geringste Unfallziffer weisen wieder die Schichten des Montags auf, die im Jahre 1912 anteilmäßig noch dazu eine wesentliche Verringerung erfahren hat. An Montagen des Jahres 1912 ereigneten sich 9003 gleich 15,11 Prozent aller Unglücksfälle gegen 8360 gleich 15,37 Prozent des Jahres 1911. An den Samstagen weist die Unfallziffer 10 182 gleich 17,09 Prozent, dagegen 9607 gleich 17,26 Prozent aller Unglücksfälle im Ruhrkohlenbergbau auf. Nach Monaten gerechnet hatte der März die höchste Unfallziffer und der Juni die niedrigste, so der erstere 5401 gleich 9,07 Prozent aller Unfälle, der letztere 4392 gleich 7,37 Prozent. Dem März zunächst kommt der Februar mit 5993 Unfällen gleich 9,95 Prozent. Im Jahre 1911 hatte der Januar die höchste Unfallziffer mit 5157 gleich 9,26 Prozent, aber auch hier der Juni die geringste Ziffer mit 4288 gleich 7,70 Prozent. Die Steigerung der Unfallziffer im Ruhrkohlenbergbau innerhalb der letzten zehn Jahre beläuft sich von 37 026 auf 59 563. Während 1903 auf 1000 versicherte Personen 147,12 angemeldete Unfälle kamen, so 1912: 162,46, jeweils auf den Arbeitstag 123,42 und 198,54. Die Zahl der tödlichen Unglücksfälle stieg im gleichen Zeitraum von 516 auf 1083. Bezüglich der Zahl der Todesfälle in den Betrieben brachten die Jahre 1909 und 1910 eine wesentliche Verminderung. Hatte das Jahr 1908: 1025 tödliche Unglücksfälle, so verzeichnete das Jahr 1909: 839, im nächsten Jahre sank die Ziffer selbst auf 777, stieg aber im Jahre 1911 wieder auf 819 und erreichte 1912 die Höchstziffer von 1083. Bei der Verringerung der schweren Ziffer muß man die Massenunfälle, die der Ruhrbergbau bedauerlicherweise im Jahre 1912 hatte in Betracht ziehen. Massenunfälle ereigneten sich drei: am 3. Juli auf der Zeche Oberhausen, Schacht Osterfeld, mit 16 Toten und 7 Verletzten, am 8. August auf der Zeche Lothringen, Schacht III, bei Gerste, mit 14 Toten und 27 Verletzten, und am 18. Dezember auf der Zeche Minister Achenbach mit 49 Toten und 15 Verletzten. In allen drei Fällen handelte es sich um Explosionen schlagender Wetter. Im Berichtsjahre 1912 gelangten 21 Schlagwetter- oder Kohlenstaub-Explosionen zur Anzeige, von denen 10 entschuldigungsspflichtige Verletzungen veranlaßten. Von diesen zehn Explosionen wurden eine durch Schadhäftigkeit der Lampe, zwei durch Erglühen des Drahtkorbes, fünf bei der Explosion des Schusses veranlaßt. Als Ursache der Explosionen verzeichnet der Bericht viermal Gefährlichkeit des Betriebes, dreimal Schuld der Arbeiter. Betroffen wurden von den 21 Explosionen 20 Tode, und zwar haben auf 19 je eine und auf einer Zeche zwei Explosionen stattgefunden. Bei diesen Explosionen wurden insgesamt 261 Arbeiter verletzt, darunter 188 tödlich. Von der Gesamtziffer entfallen allein 228 Verletzte auf die genannten drei Massenunfälle. Im Berichtsjahre verursachten Stein- und Kohlenfall wie meist die höchste Zahl der Unglücksfälle. Sie betrug 1784 bei 334 Todesfällen. 1764 von den gesamten Unfällen durch Stein- und Kohlenfall waren der Gefährlichkeit des Betriebes an sich zuzurechnen, während bei 20 Unfällen die Schuld dem Arbeiter zugemessen wird. Von den

entschuldigungsspflichtigen 5865 Unfällen ereigneten sich über Tage 1910, unter Tage 4885. Von den Unfällen betroffen wurden u. a. ein Betriebsführer, sechs Betriebsbevollmächtigte, 91 Steiger, 102 Aufseher, 100 Weitzer, 11 Elektromonteur, 233 Handwerker, 588 Schläger, 109 Abnehmer und Aufschläger, 314 Hilfsarbeiter und 3609 Kauer. Der Nationalität nach waren von den Verletzten 5000 Reichsdeutsche und 529 Ausländer. Von den Reichsdeutschen stammten 2261 Verletzte aus den bühlichen Provinzen.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Stein- und Braunkohlegewinnung Deutschlands.

Die Stein- und Braunkohlenförderung, die Holzherzeugung und Verfeinerung Deutschlands betrug in Millionen Tonnen:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Ok.	Nov.	Dez.
Steinkohlenförderung:	1912 14,57	14,64	12,81	14,06	13,73	13,89	16,78	15,91	14,91	16,10	14,80	14,86
1913	16,53	15,61	15,41	15,82	14,27							
Holzherzeugung:	1912 2,34	2,27	2,13	2,32	2,38	2,32	2,41	2,52	2,50	2,65	2,60	2,71
1913	2,72	2,52	2,74	2,67	2,67							
Braunkohlenförderung:	1912 6,87	6,51	7,04	6,36	6,74	6,22	6,64	6,80	6,83	7,05	7,58	7,11
1913	7,38	6,84	6,71	7,26	6,86							
Herstellung von Zirkon aus Steinkohle:	1912 0,42	0,44	0,36	0,41	0,44	0,43	0,49	0,49	0,48	0,47	0,45	0,46
1913	0,50	0,48	0,46	0,50	0,45							
Herstellung von Zirkon aus Braunkohle:	1912 1,49	1,47	1,65	1,61	1,39	1,51	1,61	1,63	1,61	1,78	1,67	1,62
1913	1,77	1,65	1,63	1,82	1,71							

Die deutsche Steinkohlenförderung ist danach um nicht weniger als 1,55 Mill. T. gegenüber dem Vormonat zurückgeblieben. Gegenüber dem Vergleichsmontat des Vorjahres blieb die Förderung um 465 424 T. zurück. Auch die Braunkohlenförderung weist gegenüber dem Vormonat einen Rückgang auf, und zwar um etwa 400 000 T., während die Förderung des vorjährigen Mai noch um rund 120 000 T. übertrafen wird. Dagegen hält sich die Holzherzeugung ungefähr auf der Höhe des Vormonats und übertrifft die der Vorjahreszeit noch um etwa 295 000 T. Die Ziffern der Herstellung von Zirkon aus Steinkohle und Braunkohle sind beide geringer als die des Vormonats, aber höher als die des Monats Mai 1912. Im Mai wurde die Steinkohlenförderung ja erheblich durch den ober-schlesischen Streik beeinträchtigt. Aber abgesehen davon, zeigt die Steinkohlenförderung im Vergleich zum Vorjahr seit Januar eine rückgängige Tendenz. Dasselbe ist auch bei der Braunkohlenförderung sowie bei der Holzherzeugung und Verfeinerung der Fall. Die Krise kommt danach schneller, als man allgemein annehmen konnte. Unsere schätzungen Befürchtungen werden noch übertrifft.

Consolidation.

Die Bergwerks-Aktiengesellschaft Consolidation feierte kürzlich ihr 50jähriges Bestehen. Bei dem aus diesem Anlaß veranstalteten Festessen machte der Generaldirektor Bergant Otto Müller in seiner Rede folgende recht interessante Angaben: „Die Kohlenförderung seit Bestehen von Consolidation beträgt 43 786 000 Tonnen, gleich 1 378 000 Waggons à 10 Tonnen. Die Länge eines 10-Tonnen-Waggons beträgt 8 Meter, mithin Gesamtlänge 35 028 800 Meter, gleich 35 028 Kilometer. Die Strecke Gelsenkirchen-Wilmsberg beträgt 1108 Kilometer, also würde diese Strecke 32 mal von dem Waggons aneinandergereiht bestehn. Das Eisenbahnetz der preussischen Haupt- und Nebenbahnen hat eine Länge von insgesamt 38 775 Kilometer, somit würde nun 36mal des gesamten preussischen Eisenbahnnetzes mit Kohlen von Consolidation in 10-Tonnen-Wagen bestehn werden. Der Umfang der Erde am Äquator beträgt 40 000 Kilometer, also Waggons an Wagen gereiht würden sieben Äquale, des Umfanges der Erde mit Consolidation-Stahle bedekt sein. Die Belegschaft betrug 1865: 131 Mann und ist geiegen auf 7000 Mann. Der Wertumsatz, d. h. die Einnahme für abgegebene Produkte betrug im Jahre 1865: 15 000 Mk., im Jahre 1868: 191 000 Mk., und ist seitdem geiegen auf etwa 28 000 000 Mk. im Jahre 1912. Der Gesamtwertumsatz ab 1865 bis einschließlich 1912 belief sich auf 510 372 000 Mk. Die gezahlten Löhne und Gehälter betragen im Jahre 1870: 611 000 Mk., sie betragen 1912 und 12 000 000 Mk., und insgesamt ab 1870 bis einschließlich 1912: 200 377 000 Mk. Die öffentlichen Lasten (Steuern und Abgaben, Arbeiterversicherungsbeiträge einschließlich Leistungen der Arbeiter) stellten sich im Jahre 1875 auf 175 000 Mk., sie betragen im Jahre 1912: 2 109 000 Mk., und haben ab 1875 bis einschließlich 1912: 83 083 000 Mk. insgesamt betragen.“ Leider gibt der Herr Bergant die „Entbehrungslohn“ der Herren Aktionäre nicht an, und doch wäre das zur Beurteilung der Sachlage absolut notwendig gewesen. Wir sind also schon gezwungen, das Verjämte, soweit uns Angaben zur Verfügung stehen, wenigstens in etwa nachzutragen. Von 1889—1912 wurde Dividende verteilt in Prozent: 11, 21, 20, 12, 8, 8, 12, 15, 18, 22, 25, 30, 27, 28, 26, 23, 30, 28, 29, 19, 19, 22; zusammen 495 Prozent. 1889 wurde die Gewerkschaft Consolidation in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Seitdem, also in 24 Jahren, haben die Aktionäre eine Dividende von 495 Prozent, das sind im Durchschnitt pro Jahr 20,63 Prozent erhalten. Das sind „Entbehrungslohn“, die sich sehen lassen können. Dabei hat Consolidation seit 1865 immer Ausbeute verteilt. Hinzu kommen noch die Nebenleistungen, die zu Abschreibungen, Neuanlagen usw. verwandt, außerdem die Zantien, Gratifikationen usw., welche an Aufsichtsräte und Beamte gezahlt wurden. Diese Summen werden sicher fabelhaft hoch sein und es ist zu verstehen, wenn der Herr Bergant darüber mit vieljähigem Schwirgen hinweggeht, könnte doch damit die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter gewekt werden und die Summen, die zu sozialen und Wohlfahrtszwecken angewandt wurden, könnten dagegen recht kümmerlich erscheinen und die „Wohltäter“ in einem weniger günstigen Licht erscheinen lassen.

Niederste Montanwerte.

Die Niederste Montanwerte A.-G. in Halle haben sich besonders in den letzten Jahren zu einem Montanriesen ausgewachsen. Das zeigt folgende Zusammenstellung:

	1912-13	1911-12	1910-11
		(in Mark)	
Vertrag aus dem Vorjahr	151 605	106 581	63 876
Bruttogewinn einseh. Vertrag	8 384 189	8 129 780	6 471 175
Reingewinn	3 977 113	3 577 309	2 137 788
Dividendenberechtigtes Kapital	28 500 000	22 000 000	15 000 000
Dividende in Prozent	12	12	12
Neuer Vortrag	190 837	151 605	106 582

Es ist danach gegen 1910-11 geiegen das dividendenberechtignte Aktienkapital um 13 500 000 Mk. gleich 90 Prozent, der Reingewinn um 1 839 325 Mk. gleich 86 Prozent, der Bruttogewinn einschließlich Vortrag um 1 913 014 Mk. gleich 29,6 Prozent, neuer Vortrag um 84 255 Mk. gleich 79 Prozent. Trotz der riesigen Kapitalerhöhung in den letzten drei Jahren konnte man immer eine jährliche Dividende von 12 Prozent verteilen und im letzten Jahre 190 837 Mk. vortragen. Die Arbeiter aber erhalten einen Lohn, mit dem sie sich nur sehr kümmerlich durchschlagen können, an eine Rücklage für schlechtere Zeiten ist nicht zu denken.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Entziehung der Staatsarbeit in Bayern.

Die bayerische Zentrumspreffe ist immer noch bemüht, den jüngsten Rechtsbruch der allchristlichen Eisenbahn-Erzellenz v. Seidel ein zu verhängen. Die Verjämte eines Eisenbahnarbeiters rechtliche den Staatsarbeitern gegenüber den freien Kauf des Koalitionsrechts. Auch das Organ des Verbandes süddeutscher lafsischer Arbeitervereine, „Der Arbeiter“, bläst in das Horn der Arbeiterfeinde. Und um diesen Verrat an der Arbeiterchaft bei seiner „christlichen“ Feindschaft zu maskieren, wird natürlich gegen die Sozialdemokratie gehet, auf die allein der Seidel-Richterliche Gewaltakt Anwendung finden könne.

Denn nur die Sozialdemokraten seien so gewissenlos, für das Streikrecht auch der Eisenbahner eingutreten. Das gehe aus einem Diktum der „Leipziger Volkszeitung“ hervor, die fälschlich geschrieben habe:

„Der Streik muß als letzte und wichtigste Waffe in der Kämpfer der Staatsarbeiterorganisationen liegen, scharf und blank, um jederzeit angewendet werden zu können, wenn alle glücklichen Mittel versagen!“

Dieses offene sozialdemokratische Bekenntnis, so bemerkt das fegenaunte „christliche“ „Arbeiterblatt“, ist ein erneuter Versuch dafür, daß die bayerische Staatsregierung mit ihrer Taktik in der Eisenbahner-Organisationsfrage vollständig im Recht ist, ja im staatsberhaltenden Interesse geradezu verpflichtet ist, der sozialdemokratischen Streikfälscher energisch entgegen zu wirken.“

Verteidiger Redakteur des „Arbeiter“ ist der Landtagsabgeordnete Präses Walter v. d. Zein. Sein Stand als Priester wie seine Eigenschaft als Abgeordneter mühten Herrn Walter abhalten, so zu „Demagogie“. Er weiß, daß schon vor Jahren sein Freund Schwarz in der Abgeordnetenlammer in Vertretung der „christlich“ organisierten Arbeiterchaft dem Sinne nach ganz das nämliche in öffentlicher Rede ausgesprochen hat, was die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb. Der „christliche“ Arbeiterfälscher Schwarz erklärte gegenüber der Resolution Walter-Viehler auf Entzug des Streikrechts:

„Ich sage also, ein Anstand muß mit allen Mitteln verhütet werden, wenn in der Kämpfer wie bisher, sogar noch intensiver, fortgefahren wird. Sollten aber einst Zeiten kommen, da solche Kämpfer nicht mehr betätigt wird, so fällt nach meiner Meinung die ganze Resolution.“

Der „christliche“ Vertreter forderte ausdrücklich das Streikrecht, insofern die Kämpfer des Staates für die in Betracht kommende Arbeiterchaft versagen sollte.

Etwas anderes ist den Worten der „Leipziger Volkszeitung“ auch nicht zu entnehmen. Es gehört aber schon ein gutes Stück laurigen Mutes dazu, die Dinge so darzustellen und umzudeuten, wie es die Zentrumschriften mit — wir gestehen es offen ein — gewohnter Virtuosität fertig bringen.

Immer weiter in den gelben Sumpf

geht es mit den „christlichen“ Gewerkschaften. Bekanntlich ist der Kreisfelder Kämpferstreik nach 17wöchentlicher Dauer aufgehoben worden, ohne daß die Streikenden es vermocht haben, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Der Hauptanteil an der Niederlage gebührt der „christlichen“ Textilarbeiterorganisation, die nicht nur den Streikbruch proklamirte, sondern dem vrogigen Unternehmertum während des Kampfes auch Streikbrecher vermittelte. Es ist ja nicht das erste Mal, daß „christliche“ Gewerkschaften sich zu solchen gewerkschaftlichen Schmutzunternehmungen hergeben und hungernde, kämpfende Arbeiter niederzuringen helfen. Was aber zur Charakterisierung der „christlichen“ Textilarbeiterorganisation noch ganz besonders beiträgt, ist der Sohn, mit dem ihre Beamten in der Kämpfer die Niederlage der Kämpfer begleiteten. Aber auch das sind wir schon an den „christlichen“ Arealuren gewohnt. Das infamste ist, daß sie jetzt herkommen und in den Zeitungen die finanziellen Verluste zusammenrechnen, die durch den Kämpferstreik entstanden sind. Da wird zunächst der Lohnverlust der streikenden Kämpfer, dann die Streikunterstützung und schließlich werden auch die Lohnverluste der feinerzeit wegen des Streiks der Kämpfer ausgeperrten Arbeiter in Kreisfeld zusammengestellt, um damit zu zeigen, wie der Deutsche Textilarbeiterverband die Arbeiter geschädigt hat. Solche Ausrechnungen haben bisher die Scharfmacherorgane, die Reichsberbandspreffe und die Zeitungen der Gelben gezogen; nun treten die „christlichen“ Gewerkschaften in deren Kreis, um mit gleichen Mitteln gegen die freien Verbände zu operieren. Nur hat ein solches Vorgehen einen Schaden. Den „christlichen“ Gewerkschaften könnte Gleiches mit Gleichem vergolten werden, wenn wir es nur wollten. Der Streik in Wenden, die Streiks in Havelaer, Ahaus, Emmerich und viele andere sind von „christlichen“ Gewerkschaften geführt worden und verloren gegangen. In Potsdam muß zuerst der „christliche“ Textilarbeiterverband, wie schon früher im Münsterlande, einen Streik führen, dem die Ausperrung auf dem Fuße gefolgt und dessen Ausgang vorauszusehen ist. Wie, wenn wir alle die Lohnverluste, die durch die von den „Christen“ geführten Streiks auf das Konto der in Frage kommenden „christlichen“ Gewerkschaften sehen, wenn wir sie für alle Folgen eines verlorenen Streiks verantwortlich machen wollten? Wo können wir da in der Gewerkschaftsbewegung hin! Wie soll es ein Vorgehen vor den Arbeitern verantwortet werden! Dann packe man überhaupt mit allen Streiks ein. Doch wir wollen diesen Faden nicht weiter spinnen. Was nutzen alle gewerkschaftlichen Verrechnungen, die „christlichen“ Gewerkschaften hören ja nicht mehr auf sie. Was ihnen noch anliegt, ist der Verrat, sie begeiern sich nur noch für Streikbruch, für Streikbrechervermittlung, für Denunziationen und sonstige Equisiterien. In Streiks lassen sie sich nur noch ein, wenn es nicht anders geht, wenn sie von hungernden „christlichen“ Arbeitern dazu gezwungen werden, oder wenn ihnen ihr Anhang an den verschiedenen Orten laufen gehen will, weil von den „christlichen“ Verbänden nichts für sie getan wird. Für die Sache der Arbeiter selbst wird kaum noch geireit. Wenn es darum geht, durch geschlossenes Vorgehen aller Arbeiter diesen wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, dann proklamieren die „christlichen“ Verbände, wo sie es eben können, Streikbruch. Damit haben wir uns abzugeben und es darf uns deshalb auch nicht wundern, wenn sie jetzt die Methoden der Scharfmacher und Gelben anwenden und Streikverlustrrechnungen aufstellen, um so die Streikenden und deren Organisationen zu beschimpfen und zu verhängen. Nun, mögen sie es tun! Es wird kaum noch einen vernünftigen denkenden Arbeiter geben, der noch nach moralischen Werten in den „christlichen“ Streikbrecherorganisationen sucht.

Mißbilligte Polizeiaktion gegen die Gewerkschaften.

Gegen die sämtlichen Gewerkschaften in Sagan wurde auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Liegnitz eine große Polizeiaktion unternommen. Alle sollten als politische Vereine verpflichtet sein, ihre Statuten einzureichen und ihre Vorstandsmitglieder anzumelden. Als sie dies nicht ablehnten, wurden sie unter Anklage gestellt, jedoch vom Schöffengericht Sagan freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Der Regierungspräsident bemühte sich, alles nur denkbare Material herbeizuschaffen. In seinem Schreiben an die Staatsanwaltschaft betonte er, daß er allen Wert auf die Aufrechterhaltung der Verfassung lege. Das Gewerkschaftsstatute in Sagan betätigte sich ganz zweifellos sozialdemokratisch. Es stehe nicht nur in örtlicher und persönlicher Beziehung mit der Sozialdemokratie in engster Verbindung. Die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften seien sämtlich Anhänger der Sozialdemokratie und wurden in der „Görlitzer Volkszeitung“ einfach als „Genossen“ bezeichnet. Auch werde von dem Statute und der Partei dasselbe Lokal zu ihren Versammlungen benutzt. Das Statute habe sich in seiner ganzen Tätigkeit als Gefolgschaft der sozialdemokratischen Partei gezeigt. Die Maßreiser gehen vom Statute aus; es bildet zusammen mit dem Wahlverein einen Bildungsausschuß usw. Es ist, so schließt das höchst interessante Schriftstück, eine Erscheinung, die im Besitz an mehreren Orten hervortritt, daß die sozialdemokratischen Wahlvereine möglichst im Hintergrund bleiben und ihre Agitation in Versammlungen, Aufzügen und Festlichkeiten äußerlich durch die Gewerkschaftsstatute und Arbeitervereinigungs-, Sportvereine u. dgl. betreiben. Durch diese angeblich unpolitischen Veranstaltungen werden dann Elemente, die sich von den politisch-sozialdemokratischen Parteiorganisationen fernhalten würden, „eingefangen“ und allmählich für die Ideen der Partei gewonnen. Sodann heißt es wörtlich: „Die Kennzeichnung dieser Organisationen als politisch-sozialdemokratisch ist daher für eine Bekämpfung der Sozialdemokratie über die Notwendigkeit der Beobachtung der Vorschriften des Reichsvereinegesetzes hinaus für die Verwirklichung der Vorschriften von Wichtigkeit.“

Daß unter denen, die die Ansicht des Regierungspräsidenten in Liegnitz unterstützten, auch der Berliner Polizeipräsident, Herr von Jagow, nicht fehlte und auch er sein Schwereisen zur Polizeiverhängung der Gewerkschaften beitragen wollte, verriet sich von selbst. Nur hat die Staatsanwaltschaft unterlassen, die M.-Glabbacher Generalsekretäre laden zu lassen, denn diese würden „beweisen“ und beschwören haben, daß die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch sind. Wozu, Herr Staatsanwalt, wenden Sie sich an die Polizei, die erst noch prüft, untersucht, während die M.-Glabbacher ohne Untersuchung, ohne Kenntnis der Dinge doch so günstig ausgelegt hätten? Er verhängte sich speziell mit dem Bauarbeiterverband und dem „Grundstein“, die er als politisch ansieht. Demgegenüber ist es höchst charakteristisch, daß selbst der Polizeipräsident in Hamburg, wofolbst der Bauarbeiterverband seinen Sitz hat, erklärte, daß die Polizeibehörde in Hamburg bisher keinen Grund zum Einschreiten auf Grund der Vorschriften des Reichsvereinegesetzes gehabt habe.

Am 23. Juni wurde vor der Strafkammer in Sagan die Sache von neuem auf Grund der Verfügung des Staatsanwalts verhandelt. Rechtsanwalt G. v. M. a. n. - Berlin verteidigt die Angeklagten der Mater. Textilarbeiter, Steinmetzen, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Maschinisten und Heizer und der Zimmerer, Metzger, Metzgerhelfer, Tischler und Schloßmacher. Es fand eine überaus umfangreiche Vernehmung statt. Zunächst wurde der Polizeikommissar in Sagan vernommen. Er bezeugt, daß er keinerlei Anhalt dafür habe, daß die Gewerkschaften in Sagan sich politisch betätigen. Er habe verschiedene öffentliche Versammlungen der Gewerkschaften überwacht, dort sei lediglich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Sagan gesprochen und hervorgehoben, daß Sagan in dieser Beziehung erheblich hinter anderen Orten in Deutschland zurückbleibe. Daran sei stets die Mahnung, sich der Gewerkschaft anzuschließen, geknüpft worden. Wenn in seiner Gegenwart ein politisches Thema behandelt worden wäre, so würde er eingeschritten sein. Als früherer Amtsanwalt sei ihm, dem Angeklagten, genau bekannt, was ein politisches Thema sei. Derselbe Anwalt machte ein zweites Polizeibeamter. Hierauf wurden der Vorsitzende der örtlichen politischen Organisation, der Arbeitersekretär und von jeder Gewerkschaft zwei bis drei Mitglieder ganz eingehend vernommen, die die Staatsanwaltschaft ergründet hatte.

Die Vernehmung ergab — weil kein M. a. n. -Bachmann General-Anwalt als Zeuge fungierte — mit solcher Wucht die Tatsache, daß die Gewerkschaften Sagens sich von jeder politischen Tätigkeit fernhalten, daß der Staatsanwalt am Schluß der Vernehmung erklärte, er könne nicht behaupten und beweisen, daß die Gewerkschaften sich politisch in irgend einer Beziehung betätigen. Er nehme daher gegenüber sämtlichen Angeklagten die Verfügung zurück!

Internationale Rundschau.

Von den kanadischen Gewerkschaften.

Selt die kanadischen Gewerkschaften genügend erstarkt sind, sich gegen die Willkür des Unternehmertums mit Erfolg zur Wehr zu setzen, mehren sich die Versuche der Unternehmer, die Einmischung mit allen Mitteln zu fördern, um den Arbeitsmarkt zu überfluten und so nach und nach ein Arbeitswilliger zu schaffen. Besonders auf Arbeiter aus England hat man es dabei abgesehen, so daß in letzter Zeit bei allen größeren Streiks die erste Sorge der kanadischen Arbeiter ist, ob es den Unternehmern wohl gelingen wird, Arbeitswillige aus der alten Heimat herbeizuschaffen. In den Ländern des europäischen Kontinents haben erfahrungsgemäß die Werberbesuche der Streikbrecheragenten viel weniger Erfolg wie in England, und zwar, weil die Gewerkschaften des Kontinents mit seltenen Ausnahmen gute internationale Verbindungen haben und daher über die Verhältnisse in den besuchten Ländern gut unterrichtet sind. Ferner aber auch, weil auf dem Kontinente jeder organisierte Arbeiter durch sein Gewerkschaftsblatt und durch eine gut entwickelte politische Arbeiterpresse vor den Forderungen der Agenten rechtzeitig gewarnt werden kann. Dies hatte das Gewerkschaftsblatt in Winnipeg in der kanadischen Provinz Manitoba wohl auch im Auge, als es kürzlich ähnliche Verordnungen der letzten Zeit bekannt machte und beschloß, in Zukunft das Internationale Sekretariat in Berlin regelmäßig mit Situationsberichten zu versorgen, um auf diesem Wege die Arbeiterpresse aller Länder zu informieren. Es würde überflüssig im Interesse aller Teile sein, wenn alle Arbeiterorganisationen die geringe Mühe nicht scheuen würden, Verbindungen, die für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, sofort dem Internationalen Sekretariat, Berlin SO. 16, Engelstr. 15 mitzuteilen.

In der erwähnten Sitzung wurde u. a. der Fall von 61 Bergarbeitern erwähnt, die einige Tage zuvor von Agenten aus England herübergebracht worden waren. Man hatte sie an einem Lohnort engagiert und sofort mitgenommen, so daß die meisten nicht einmal Zeit hatten, ihrer Familie Lebenswohl zu sagen. Sie waren für Bergwerke in Vancouver an der Küste des Stillen Ozeans verpflichtet, ihnen jedoch nicht gesagt worden, daß dort seit vielen Monaten gestreikt wird und daß man dort nicht einmal die Chinesen zu Streikbrecherdiensten gewinnen konnte. Als sie in Winnipeg den Stand der Dinge erfuhren, beschloßen sie natürlich — alle hatten die Mitgliedsarten des englischen Verbandes in der Tasche —, daß an Streikbrecherarbeit nicht zu denken sei. Da sie aber mittellos sind und ein Prozeß gegen die Agenten lange dauern kann, sind sie jetzt völlig auf die Unterstützung der kanadischen Bergarbeiterorganisation angewiesen.

Bergarbeiterlöhne in Österreich.

Einer amtlichen Statistik über die Arbeiterlöhne im österreichischen Bergbau im Jahre 1911 entnehmen wir folgende Zahlen: Im sonstigen Bergbau 9877 Arbeiter beschäftigt. Der durchschnittliche Tageslohn im Salzbergbau betrug für Hauer und Förderer 3,37—3,75 Kronen, für ermahnte Grubenarbeiter 2,52—3,27 Kr., für erwachsene Tagesarbeiter 2,88—3,21 Kr., für Jugendliche 1,50 Kr. Im Erdbergbau schwankt der durchschnittliche Lohn zwischen 1,37 Kr. für Arbeiterinnen und 2,86 Kr. für Hauer und Förderer. Im übrigen Bergbau werden folgende Durchschnittslöhne gezahlt: für Hauer und Förderer von 3,07—3,21 Kr., erwachsene Grubenarbeiter 2,26—3,10 Kr., jugendliche Grubenarbeiter 1,44—1,57 Kr., erwachsene Tagesarbeiter 2,70—3,33 Kronen, Arbeiterinnen 1,00—1,57 Kronen. Diese jämmerlichen Löhne würden zweifellos noch niedriger sein, wenn die Organisation nicht schon seit vielen Jahren einen energischen Kampf zur Verbesserung der Verhältnisse geführt hätte.

Aus der lettischen Gewerkschaftsbewegung im J. 1912.

Aus Riga wird geschrieben: Trotzdem unser Land wirtschaftlich und kulturell hoch entwickelt ist, sind die politischen und sozialen Zustände hier noch recht mittelalterlich. Die lokalen Behörden scheitern und walten ganz nach ihrem Ermessen und sind kampflos bemüht, mit allen Mitteln die Arbeiterbewegung niederzudrücken. Unter solchen Umständen leben die Arbeitervereine und Gewerkschaften in ständiger Angst, jeden Augenblick aufgelöst zu werden. Es ist fast unmöglich, in kleineren Städten gewerkschaftliche Organisationen zu gründen, nur in Riga führen die Arbeiter einen verzweifelten Kampf um die Anerkennung ihrer Organisationen. Das in Riga erscheinende Gewerkschaftsorgan „Arbnecks“ hat in einer letzten Nummer eine Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912 zusammengestellt. Danach hatten die Gewerkschaften im Jahre 1911: 4700 Mitglieder, welche Zahl infolge Auflösung zweier Verbände auf 3500 im Jahre 1912 sank. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist im Jahre 1913 wieder um 1500 gestiegen, was durch die Auflösung der zwei größten Verbände zu erklären ist; aber auch innere Streitigkeiten tragen Schuld an dieser traurigen Erscheinung, so z. B. wurde bei den Bauarbeitern und Schuhmachern viel um die Frage des Zwangs der Organisation gestritten. Bei letzteren siegte die „neutrale“ Richtung, was viele veranlaßte, dem Verbands den Rücken zu kehren. Man darf sich aber nicht von diesen Zahlen täuschen lassen, denn in Wirklichkeit geben sie nur eine recht minimale Erscheinung der ganzen Arbeiterbewegung wieder, die infolge der gesetzlichen Verbote meist außerhalb der Grenzen der sogenannten sozialen legalen Möglichkeiten Betätigung suchen muß. Auch deshalb sind die Zahlen nicht verlässig, weil es streng verboten ist, gegenseitige Verbindungen einzuschließen. Trotzdem die Gewerkschaften kein Streikrecht haben, gab in den letzten paar Jahren zahlreiche Streiks mit Erfolg durchgeführt worden. Trotz aller Hemmnisse der brutalen Macht scheitert die lettische Arbeiterbewegung auf ihrem geschichtlichen Weg vorwärts.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre der Balkankriege.

Die Reichsgewerkschaftskommission legt jetzt den Bericht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der internationalen Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1912 vor. Man mußte erwarten, daß der Bericht sehr ungünstig sein werde. Ist doch in diesem Jahre der Balkankrieg ausgebrochen, der im letzten Vierteljahr den österreichischen Export nach dem Balkan vollständig lahmlegte und dessen weitere Folge namentlich in Verbindung mit der Abwesenheit unserer auswärtigen Ämter und der von diesem inspirierten Kriegsbegeisterung unserer offiziellen Presse eine schwere Krise unserer ganzen, auch der nicht nach dem Balkan exportierenden Industrie war. In allen Industriezweigen kamen Massenentlassungen von Arbeitern, Entlassungen der Arbeitszeit auf dreiviertel und halbe Tage, Lohnreduktionen und Betriebsstilllegungen in großer Zahl vor. Dazu kommt, daß die separatistische Spaltung der Arbeiter in den letzten Jahren nicht ruhete und daß es ihr gelungen ist, nun auch die Eisenbahnerorganisation zu spalten, von der selbst die separatistischen Führer zugeben mußten, daß sie allen sprachlichen Bedürfnissen ihrer tschechischen Mitglieder in vollem Maße Rechnung trage und daß hier bei der Tatsache, daß ein einziger Unternehmer, nämlich der Staat, der gesamten Arbeiterkraft gegenübersteht, eine nationale Teilung der Gewerkschaft orientierung zum Schaden der Arbeiter sei.

Trotz Wirtschaftskrise und Separatismus schließt aber der Bericht über das vergangene Jahr mit einem Zuwachs an Mitgliedern und mit einer finanziellen Kräftigung der Gewerkschaften ab. Allerdings ist das günstige Resultat vornehmlich dem Umstande zu danken, daß es die im ersten Halbjahr des Jahres 1912 noch anhaltende gute Konjunktur, welche in allen Industriezweigen und Gewerben mit Ausnahme der Textilindustrie zu verzeichnen war, den Zentralverbänden ermöglichte, mehr als 80 000 Mitglieder zu gewinnen, von denen aber infolge der im Spätherbst eintretenden Krise mehr als die Hälfte abfiel, so daß von ihnen am Ende des Jahres nur noch 14 034 übrig blieben, denen gegenüber ein Verlust von 8478 alten Mitgliedern zu verzeichnen ist. Bei Beurteilung des Verlustes von 8478 Mitgliedern stellt der Bericht nun fest, daß im Berichtsjahre die Organisation der Eisenbahner durch die Separatisten gestoppt wurde und etwa 5000 Mitglieder von den 80 000 Mitgliedern dieser Organisation zu den nationalen Vereinen übertraten. Obwohl nun der Separatismus kein Werk nahezu vollständig hat — mit Ausnahme der Tabakarbeiter sind jetzt alle Gewerkschaften gespalten —, gehören den zentralen Verbänden neben 822 000 deutschen, 70 000 tschechische, 20 000 polnische, 9000 italienische, 6000 slavische und 1000 ruthenische Arbeiter an, während die separatistische Organisation rund 100 000 Mitglieder zu verzeichnen hatte, so daß also trotz jahrelanger Aufspaltung der gewerkschaftlichen Zustände in der tschechischen Arbeiterkraft immer noch 40 Prozent der organisierten tschechischen Arbeiter den internationalen Gewerkschaften angehören.

Die 54 Zentral- und 23 Lokalvereine, die in der Reichskommission vereinigt sind, weisen nun 377 947 männliche, 50 418 weibliche, zusammen 428 365 gegen 421 007 Mitglieder im Vorjahre auf. Die jährliche Zunahme beträgt also 6458 Mitglieder. Noch günstiger ist das finanzielle Ergebnis des Jahres 1912. Die Einnahmen sind — ausschließlich der Streikfonds — von 9 191 346 Kronen im Jahre 1911 auf 9 860 831 Kronen im Jahre 1912 gestiegen. Im Jahre 1901 haben die Einnahmen der gesamten Gewerkschaften bloß 2 220 346 Kronen betragen. Die Ausgaben sind von 8 542 182 Kronen im Jahre 1911 auf 9 171 852 Kronen im Jahre 1912 gestiegen. Im Jahre 1901 haben die Ausgaben bloß 2 111 082 Kronen betragen. Insgesamt haben die Gewerkschaften in den letzten zwölf Jahren 76 810 204 Kronen eingenommen, 69 089 477 Kr. ausgegeben, wobei die Streikfonds, die von den freien Organisationen getrennt verwaltet werden, nicht mit in Rechnung gestellt sind. Die Gesamtorganisation verfügt in den freien Organisationsfonds, die von der Reichsgewerkschaftskommission verwaltet wird, nicht mitgerechnet ist. Von den Ausgaben der Gewerkschaften entfallen 3 724 000 Kronen auf Unterhaltungen, und es wurden in den zwölf Jahren 29 865 708 Kronen für Unterhaltungen aufgewendet, und zwar rund 13 Millionen für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, 12 Millionen für Kranken-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützung und gegen 4 Millionen für Unfallunterstützung.

Der Vermögensstand der Gesamtorganisation (Gewerkschaften und freie Organisation) hat die Höhe von 15 094 798 Kronen erreicht, hat sich also vom Jahre 1909 um 4 300 000 Kronen vermehrt. Die gute finanzielle Zuwendung der Gewerkschaften hat sich bereits im Jahre 1913 erproben können, wo die Unternehmer einen Generalstreik auf die Gewerkschaften vorbereitet hatten. Trotz der Krise ist es den internationalen Gewerkschaften gelungen, diesen Ansturm nicht nur abzuwehren, sondern auch wesentliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen.

Eine Warnung an Auswanderer.

Das Gewerkschaftsblatt in Portland im Staate Oregon (Nordamerika) schreibt uns wie folgt: Der Panamakanal wird voraussichtlich im Jahre 1914 dem Verkehr übergeben werden. Mit der Inbetriebnahme des Kanals droht den Staaten Nordamerikas am Stillen Ozean ein künstlich hervorgerufener Zustrom von Einwanderern, denn wie aus Verichten in der Presse hervorgeht, bemühen sich die großen Dampfschiffahrtsgesellschaften schon jetzt in den europäischen Ländern, besonders in den südlichen Ländern Europas, Arbeiter zur Ansiedlung in Kalifornien, Washington, Oregon, Britisch-Kolumbia und den westlichen Staaten im allgemeinen zu bewegen.

Diese Dampfschiffahrtsgesellschaften handeln natürlich nur in ihrem eigenen Interesse. Ihnen liegt nur an den Passagieren und an dem durch diese erzielten Gewinn. Was nachher aus den Leuten wird, wenn sie erst in den Staaten des Stillen Ozeans ans Land gesetzt worden sind, geht diese Gesellschaften nichts mehr an. Die großen Verbände des Westens, die beständig das billigere Arbeitskräfte streben, unterstützen diese Dampfschiffahrtsgesellschaften. Kommerzielle Körperschaften und selbst die gesetzgebenden Körperschaften einiger Staaten haben enorme Summen bewilligt, um den Arbeitern der westlichen Staaten in den verlassenen Gebieten zu schenken als ein Land, wo Milch und Honig fließt für alle, die sich da niederlassen. Wahr ist allerdings, daß unser Land im Westen sehr fruchtbar ist und sich wohl für die weiße Rasse zur Niederlassung eignet, aber es ist größtenteils im Besitz von kapitalistischen Interessengemeinschaften. Es hält sehr schwer, Land zu erwerben, wenn man nicht über ganz bedeutende Mittel verfügt. Die Arbeitslöhne, besonders für die sogenannten ungelerten oder gewöhnlichen Arbeiter, reichen nur für das Allernotwendigste aus.

Die Löhne für gelehrte Arbeiter sind allerdings etwas besser, aber selbst der Einwanderer, der die nötigen Eigenschaften besitzt, hat lange mit der Verschiedenheit der Arbeitsmethode und oft auch mit der Unkenntnis der englischen Sprache zu kämpfen. Die Delegierten von elf westlichen Staaten werden am 5. Juni in Portland, Ore., eine Konferenz abhalten, um die durch diese anomale Einwanderung hervorgerufene Gefahr zu besprechen, eine Gefahr nicht nur für die Arbeiter in den westlichen Staaten Amerikas, sondern auch für die irreführenden Einwanderer, die mit großen Entbehrungen und Leiden zu kämpfen haben werden. Die Konferenz wird nachdrücklich betonen, daß die organisierten Arbeiter der westlichen Staaten gern die Brüder und Schwestern aus Europa willkommen heißen werden, die aus eigenem freien Willen und mit voller Kenntnis der hiesigen Verhältnisse unser Land teilen wollen; aber es werden auch Maßnahmen getroffen werden, um den Betrag und die Irreleitung der Dampfschiffahrtsgesellschaften aufzudecken.

Knapptätliches.

Ausgang aus den Rechnungen des Knapptätvereins „Rheinpreußen“ zu Homberg-Niebrunn für 1912.

Bei der Krankenkasse betragen die Einnahmen 615 073,74 Mk., die Ausgaben 460 560,89 Mk., so daß ein Ueberschuß erzielt wurde von 154 512,85 Mk. Bei der Pensionskasse beziffern sich die Einnahmen auf 670 461,37 Mk., denen an Ausgaben 88 989,44 Mk. gegenüberstanden; es wurde somit hier ein Ueberschuß von 581 471,93 Mk. erzielt. Am Schluß des Berichtsjahres verblieb ein Vermögen bei der Krankenkasse von 498 328,04 Mk. und bei der Pensionskasse von 3 128 251,10 Mk., mithin bei beiden Kassenabteilungen zusammen 3 626 579,14 Mk. Am Schluß des Vorjahres belief sich das Vermögen bei der Krankenkasse auf 351 942,36 Mk. und bei der Pensionskasse auf 2 618 095,14 Mk., bei allen Kassenabteilungen zusammen auf 3 238 037,50 Mk. Es war somit eine Vermögenszunahme zu verzeichnen bei der Krankenkasse von 146 385,68 Mk. und bei der Pensionskasse von 312 155,96 Mk., somit bei beiden Kassen zusammen von 658 541,64 Mk. („Kompak“.)

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Centrum, Berchligung. In Nr. 25 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 21. Juni d. J., Seite 6, findet sich eine Notiz unter dem Kennworte „Zeche Centrum II u. V.“ Unter Bezugnahme auf § 11 des Reichsberggesetzes ersuchen wir Sie um Aufnahme nachfolgender Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß die Bekanntmachung für die Sicherheitsmännerwahl drei Tage vor dem Wahltag erfolgt ist; richtig ist vielmehr, daß die Bekanntmachung reichlich vier Wochen vor der Wahl ausgehängen hat. Hochachtung! Rheinische Stahlwerke. (Namen unleserlich.)

Zeche Freie Vogel (Sajuren). Seitdem dieser Rütt in den Besitz der Rathgrüner Gesellschaft übergegangen ist, ist es darin kaum auszuhalten. Hier heißt es nur immer Kohlen und wieder Kohlen. Das Verbaufen der Strecken und Strecken geschieht sehr mangelhaft, der Vergeerfuß wird ebenfalls schlecht ausgeführt. In den Strecken wird ganz einfach eine Mauer gezogen und fertig ist die Sache! Es kann wieder weiter gemauert werden, wenn es nur Kohlen gibt. Nun sollen die Kameraden mit dem Vergeerfuß nicht pfeifen, aber die Gebirge sind so niedrig gestellt, daß eine gute Auspflanzung meist nicht

möglich ist. Die Wetterführung läßt vielfach zu wünschen übrig und vor den Betriebspunkten herrscht eine Temperatur, die bald nicht mehr auszuhalten ist. Während des Schichtwechsels fahren die Lokomotiven mit und ohne Wagen zwischen den Zentren herum; man muß sich wundern, daß noch keine Unfälle vorgekommen sind. Die Gesellschaft hat hier auch elektrische Oberstrom angelegt. Nun hat der Querschlag aber nicht allzuweit die Höhe, die wohl im allgemeinen für solche Anlagen vorgezeichnet ist, deshalb müßte doch streng darauf gesehen werden, daß der Strom beim Schichtwechsel früh genug ausgeschaltet wird. Auf allen Zechen hängen am Schacht sowie in den Querschlägen Tafeln, worauf die Zeit angegeben ist, wann der Querschlag betreten werden darf, also der Strom ausgeschaltet ist. Über hier ist das nicht der Fall, da hängen nur Tafeln mit der Warnung, es soll der Querschlag so lange nicht betreten werden, als die Maschinen fahren. Auch mit der Richtigkeit der Seilfahrt hayert es. Es kommt vor, daß Leute, die morgens um 5 1/2 Uhr am Schacht sind, nicht mehr zur Einfahrt zugelassen werden. Es heißt: „Kommt früher, jetzt macht, daß ihr nach Hause kommt!“ Da müssen manchmal 15 bis 20 Mann nach Hause gehen. Auch werden sehr oft zu viel Leute auf den Korb gelassen und dabei werden manchmal nicht einmal die Türen eingehängt. Auch das Uebersehenwerden sieht hier in hoher Wäule. Kommt es doch vor, daß Leute zweimal hintereinander doppelt machen. Auch die Behandlung der Arbeiter läßt viel zu wünschen übrig. Fahrsteiger Feldmann kann es anscheinend nicht unterlassen, so dann und wann einen der Kumpels mit dem Wetterstod zu verprügeln. Er sagt er: „Volad, zieh die Schuhe aus, ich freße dich, oder laß sie nur an, ich freße sie mit.“ Das soll wohl so etwas wie Spaß sein, aber die Kumpels danken für solchen Spaß. Vertriebsinspektor Knepper sagt, daß er jedem seine Partei oder Gewerkschaft lassen will, sich aber verbietet, daß einer für die freien Gewerkschaften oder für die sozialdemokratische Partei agitiert. Sollte sich jemand dennoch dessen unterziehen, so fliegt er aufs Klavier. Herr Knepper dagegen agitiert für die Selben und unterstützt sie, wo er nur kann.

Gewerkschaft Darnen (Hiddingshau). Nicht eigenartige Zustände herrschen hier auf der ersten Sohle des Steigers 3. g. r. Dieser Herr scheint die Kohlenhauer fortgesetzt stritzen zu wollen, indem er jede Sohle von den Schleppern die Kohlen an Schacht aufziehen und die etwas zusammengegriffelten Kohlenwagen nachschicken läßt, wodurch den Kohlenbauern Schaden entsteht. Dieser Uebelstand ist darin zu suchen, daß die Strecken so niedrig und die Wagen kaum leer durchzutragen sind. Auf vielen Stellen steht die Bahn unter Wasser, was durch eine Straßje (Wassergraben) leicht abzuändern wäre. In dem östlichen Bremsberg auf Ort 2, Westen, ist öfters so schlechte Luft, daß die Leute es vor Dampf nicht aushalten können. Dieses wäre dadurch leicht abzuändern, indem der Bremsberg auf Ort 7 verschlagen und der Fahrtschacht mit einer Klappe versehen würde. Dem Steiger ist es schon oft gemeldet worden und hat derselbe dann auf Ort 4 eine Venne machen lassen, und die Sache war fertig. Dadurch war die Wetterung noch lange nicht geregelt. In Holz mangelt es ständig. Kommt einmal etwas herein, so fallen die Hauer, die lustig zur Stelle sind, darüber her, und diejenigen, die nicht da sind, können sehen, wo sie welches herbringen. Wochentags haben sich die Hauer schon mit altem Holz, sowie Stegen und geräumtem Holz besetzen müssen. Die Wagen werden auch schlecht geschmiert, wiederholt werden von den Schleppern Klage geführt, daß sie dieselben nicht von der Stelle zu kriegen wissen. Auch haben die einheimischen Arbeiter viel durch die fremden Leute zu leiden. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht ein Transport Fremder ankommt. Die Folge ist, daß hier unter der kleinen Belegschaft ein großer Belegschaftswechsel entsteht. Die Fremden halten sich aber auch nicht lange auf. Viele von ihnen machen eine oder zwei Schichten und kommen dann nicht wieder. Dem Betriebsführer möchten wir besonders ans Herz legen, daß die Fremden von den Einheimischen sonderslich getrennt werden, was sich auch leicht bewerkstelligen ließe.

Zeche Graf Bismarck VII u. VIII. Am 21. Juni wurde hier der Schiehmänn vom Fahrsteiger F r u h beauftragt, zum Nachfüllen bediene Wagen am Stadel umzufüllen. Das geschah und die Arbeiter waren die fraglichen Wagen quitt. Dieses Vorgehen ist um so ungerechter, weil die Strecken vielfach zu niedrig, die Rappen und Streckenlöcher gebrochen sind, so daß es nicht möglich ist, einen über den Rand geladenen Wagen durchzubringen. Warum wird das nicht berichtigt? Auch die vielen Bestrafungen wegen Ueberschlag und unreiner Kohlen werden als ungerecht empfunden. Die Arbeiter sind doch nicht schuld an den Flöz- und Gebirgsverhältnissen. Da sollte man die Gebirge entsprechend aufbessern und nicht von den Arbeitern Unmögliches verlangen und durch Bestrafungen zu erzwingen suchen. Am 22. Juni wurde wegen Mangel an Absatz eine Feierschicht eingelegt. Im März, April und Mai wurden Arbeiter gekündigt. Die Beamten werden unhöflicher. Das sind die bekannten Vorzeichen des wirtschaftlichen Niederganges. Leider haben die „christlichen“ Bergarbeiter die günstige Zeit verscherzt, darunter müssen in kommender Zeit alle ohne Ausnahme leiden.

Zeche Osterfeld. Auf diesem gelben Musterpütt fangen jetzt die Streikbrecher an zu jammern und zu stöhnen über schlechten Lohn, Mißstände, Behandlung u. dergl. Es wird sehr über die Unpünktlichkeit der Seilfahrt geklagt. Die Förderung soll morgens um 1/2 Uhr beginnen, findet aber meist schon 20 Minuten nach 1/2 Uhr statt. Mittags wird es meist 1/4 nach 2 Uhr, bis die erste Schale nach oben kommt. Auch abends ist man sehr unpünktlich, besonders am Schacht I. Auch sollte die Betriebsleitung etwas besser auf die Anschläger sehen, damit nicht junge Schlepper, die noch kein Signal kennen, als Anschläger verwendet werden. Dann wird sehr über Mangel an Schienenwegen geklagt. Auch das Schienenpreise in der Seilbahn der ersten Sohle könnte man unterlassen und einige anstellen, die die Schienen nageln. Wie leicht kann da ein Unglück geschehen, zumal die Seilbahn bis Schicht läuft und die Leute während der Förderung nach dem Schacht gehen müssen. Weiß die Verwaltung nicht, daß das Schleppen in Bremsbergen verboten ist? Es wäre wünschenswert, etwas mehr Remedur in der Markendeube zu schaffen. Der Markenkontrolleur hat abends sämtliche schriftlichen Arbeiten zu erledigen und auch das Verbinde der Verleierten liegt ihm ob. So kommt es, daß abends mitunter der Andrang stark ist und die letzten manchmal noch 1/4 vor 12 unverbunden nach Hause gegangen sind. Hier könnte doch leicht Wandel geschaffen werden, indem auch abends in der Verbandsstube verhandelt wird.

Zeche Nordstern III u. IV. Es ist auch ein Zeichen der Zeit, daß die hiesige Zechenverwaltung Wünsche der Arbeiter unbeachtet läßt und unsere Kritiken einfach in den Wind schlägt. Früher zogen die Kritiken und wurden Mißstände daraufhin abgestellt, wenn auch nicht alle, aber heute hat man es nicht nötig, heute befürchtet man eine „Ueberspannung des Bogens“ nicht mehr, weil man sich in Sicherheit glaubt, der Bogen könnte nicht mehr reißen. Die Herren Unternehmer verlassen sich auf die Zusage, die ihnen die „Christenführer“ im geheimen Konventikel gemacht und versprochen haben, jeden Streik zu brechen, und wiegen sich anscheinend in völliger Sicherheit, darum „überhören“ sie die Klagen der Belegschaft. Hier wurde sogar den „Eicherheimsmännern“ das Befahren ihres Reviers verweigert, „is die „Erlaubnis“ vom Oberbergamt eingeflossen war, obgleich es doch einer solchen „Erlaubnis“ gar nicht erst bedarf. Erst nach einer Weile wurde die Ueberschichten jagen sich förmlich und wird fast jede Woche zweimal bis dreimal fünfviertelstündlich verfahren, selbstverständlich „freiwillig“. Ob die Temperatur hoch oder niedrig ist, man rin ins Revier: „Kohler heraus!“ Das gibt Dividenden für unsere „von Gott eingegeketen Brotherrn“, damit sie nach den Sommerbädern fahren und sich von den Strapazen, uns schuften zu lassen, ausruhen können, und wir sind die Knechte, dazu erschaffen, unsere Knochen zu Markte zu tragen. Wie lange werden die „christlichen“ Kameraden den Streikbrüchagitatoren folgen?

Zeche der Wendel. Hier kam am 25. Juni wieder zu einem lebensgefährlichen Gedränge bei der Lohnzahlung. Dem jahrelangen Wünsche der Belegschaft, an zwei Schaltern auszugeben, ist die Verwaltung noch immer nicht nachgegeben, trotz Antrag des Ausschusses, trotz Kritik in Belegschaftsversammlung und in unexzessiver Presse. Und so besteht noch immer dieser Mißstand, der schließlich zu Unfällen führen muß. Am 9 Uhr fingen die Steiger an, die Lohnbücher auszugeben, um 11 Uhr wird das Schalter zur Lohnung geöffnet, und die ganze Belegschaft der Mittag- und Nachtschicht wartet stundenlang, angestreckt zu zwei Mann, auf die verdienten Groschen. Schließendlich reißt die Geduld, sie stürmen mit Gewalt nach vorne, alles mit sich reißen, und ein Kräuel von 1500 bis 1600 Menschen drängt durch die schmale Tür zum Lohnschalter. Was sich da abspielt, spottet jeder Beschreibung. Jeder sucht sich von dem gewaltigen Drude zu befreien, und das es nicht schon zu Verletzungen und Schmachtschäden kommen?

anfallen kam, ist wirklich wunderbar. Es ist doch früher schon eingeleitet gewesen, daß man um 6 Uhr morgens zu zahlen anfing; niemals haben dozuland solche Szenen stattgefunden als heute. Seit aber einige Beamte auf den Mäherhöfen den ganzen Lohnstag gestohlen haben, hat man die Zeit zur Zahlung erst auf 10 Uhr festgelegt, damit das Geld erst am Besitztage von der Bank geholt zu werden braucht. Traut man den Beamten hier etwas Ähnliches zu oder ist etwas Profit dran, wenn man das Geld einen Tag länger auf der Bank läßt? Wenn dieser Zustand so bestehen bleiben soll, wird die Begehr die etwaige Entfälle hartbar zu machen sein. Wir richten an die Bergbehörde das Ersuchen, sich etwas um diese Zustände zu kümmern, wenn die Begehr es nicht ändern kann oder will im Interesse der Gesundheit und Unfallverhütung. Der Wachmeister sah im Wohnungsbureau und wartete auf „Befehl“, während sich die Leute zum Erbrechen brühten.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Kalver Bismarckshill. Zum 1. Juli wurden hier 22 Mann angeblich wegen Arbeitsmangel gekündigt. Hier von sind 20 Kameraden in unserem Verband organisiert und zwar die besten. Natürlich glaubt kein Mensch daran, daß die Kündigung wegen Arbeitsmangel erfolgt ist. Man beachte, wie die Geldlöhne ausfallen sind. Es sind Kameraden dabei, welche seit Beginn des Betriebes ihre Knochen für das Grubenkapital geopfert und zur Zufriedenheit der Beamten ihre Arbeit geleistet haben. Der Betriebsführer hat einem Arbeiter gegenüber, der die „Vollstimmte“ Isportierte, geäußert, er wolle sich die ganze Gesellschaft vom Hals schaffen, er wolle sich nicht in die „Vollstimmte“ umherschleppen lassen. Zum Beweise, daß auf Bismarckshill kein Arbeitsmangel besteht, wollen wir den Betrieb etwas näher beleuchten. Vor kurzer Zeit wurden noch Leute eingestellt, ebenso hat man die Schachthauer kürzlich zur Grubenarbeit befreit, und doch sind diese so nötig zur Erhaltung des Schachtes. Der Förderer ist in einem derartigen Zustande, daß ihn die Bergbehörde einmal einer gründlichen Revision unterziehen mußte. Der Schacht steht in einem ungeheuer bedrückenden Gebirge und es ist schon häufig vorgekommen, daß durch den Druck große Steinmassen von der Ausmauerung abgeplatzt und in die Tiefe gesunken sind. Der Druck ist so stark, daß drei Einstriche, welche ungefähr 25x25 Centimeter stark sind, gebrochen sind und ausgewechselt werden mußten. Die übrigen Einstriche mußten vom Mauerwerk freigelegt werden, um sie vor Bruch zu schützen. Der Förderer hat stellenweise kaum 1 Centimeter Luft. Es ist kaum leicht möglich, daß derselbe aneden kann. Der Wetter-schacht (ein Teil des Förderer-schachtes) ist überhaupt noch nicht befahren. Die Steinmassen, welche im Wetter-schacht heruntergekommen sind, haben zweimal auf beiden Seiten die Ubbelocher und zwei Einstriche im Schachtstumpf durchgeschlagen. Auch der Grubenbau ist in solcher Verfassung. In den Felsen ist das Gange ca. 1 Meter stark herabgebrochen. Die Felsen sind ungefähr 80 Meter lang und 12 Meter hoch. In den Felsen 2 und 3 passierte der Zusammenbruch in der Nachtschicht, in Fels 4 während der Frühstichtspause. Wäre der Zusammenbruch in der Frühsticht während der Förderung geschehen, hätten wir auch in der Kaliindustrie ein Wassergas zu verzeichnen, denn in jeder Frist sind immer ca. 10 Mann beschäftigt. Dessen ungeachtet wirtschaftet man ruhig so weiter. Sachverständige Bergarbeiter erklären einen derartigen Abbau in solcher Höhe bei derartig bedrückendem Gebirge nicht für zulässig. Die Bergbehörde hätte unter diesen Umständen allen Grund, die Gewerkschaft Bismarckshill so schnell wie möglich zum Bau eines zweiten Schachtes zu veranlassen, denn wer kann wissen, was für Elemente den Druck erzeugen. Einem Arbeiter, welcher den Betriebsführer auf die Gefahr aufmerksam machte, erwiderte dieser, er habe dieses dem Einfahrer gemeldet. Bisher hat man von einer gründlichen Revision seitens der Bergbehörde noch nichts gemerkt. Im Schachte sind ferner unpassbare Zustände. Die Abortschächte stehen in der Strecke und sind teilweise so gefüllt, daß die Kameraden leere Dynamitkisten aufbauen müssen, um ihre Notdurft zu verrichten. Die Strecken sind so verfaul, daß die Förderer kaum einen Wagen durchbringen. Ebenso hätte der Tiefschubverein hier ein großes Feld zum Betätigen. Die Grubenpferde werden hier so gequält, daß wenn sie eine Zeitlang in der Grube sind, sie nicht mal der Hockschlafter mehr nimmt. Auch die Bergpolizeivorschriften werden hier nicht eingehalten. Die Vorschrift besagt, daß vor jedem Ort in frischem Felde vorgebohrt werden muß. Dieses wird hier nicht eingehalten, für die Beamten ist nur Leistung die Lösung. Vor Ort, wo die Hauer selbstständig arbeiten, müssen die Förderer acht Stunden verfahren; diese kommen aber auch nur ca. 50 Meter vom Ort weg, aber glaubt man, daß die Vorschriften nur für Hauer sind? Auch hat man den Bergmannsverein in das gelbe Fahrwasser geleitet; derselbe beschäftigt nächsten Monat eine Fahnenwehre, wozu die Gewerkschaft 300 Mark gespendet hat. Diese 300 Mark sollte man lieber zu anderen Zwecken verwenden.

Gewerkschaft Selbungen. Hier bestehen recht eigenartige Zustände. Unter welchen Bedingungen die Belegschaft arbeitet, darüber ist sich der größte Teil unklar. Lohnverprechungen gibt es nicht. Die Arbeiter erhalten keinen Aufschuß darüber, wieviel Sprengstoff verbraucht worden ist. Sie bekommen am Tage vor der Lohnung ihren Lohnzettel, auf dem lediglich die Zahl der Schichten und die Höhe des verdienten Lohnes, außerdem noch die üblichen Abzüge für die Zwangslöhne angegeben sind. Stimmt nun nach Auffassung eines Arbeiters der Lohn nicht und er beschwert sich beim Betriebsführer, so erklärt dieser, daß er nichts machen kann, er sei nur Aufseher. Beschwert sich jemand über schlechten Verdienst, so bekommt er vom Obersteiger zur Antwort, daß er das machen kann, wie er will, und wenn auch bloß 50 Pf. herauskommen. Es kommt auch vor, daß eine Kameradschaft nach Ansicht der Betriebsleitung zu viel verdient, dann bekommt sie ganz einfach den verdienten Lohn nicht. Eine Kameradschaft hatte 5,80 Mk. verdient, bekam aber nur 4 Mk. auszuschüttelt. Als sie sich beschwerten, bekamen sie im folgenden Monat 50 Pf. pro Schicht mehr. Das übrige Geld, 1,30 Mk. pro Schicht und pro Kopf der Kameradschaft, wurde ihnen nicht auszuschüttelt. Man hat wohl befürchtet, die Kumpels könnten lippig werden. Schlepfer hat man angenommen und ihnen 3,50 Mk. Lohn versprochen. Als der Lohnstag kam, hatten die betreffenden Kameraden 3,20 Mk. auf dem Lohnzettel stehen. Leberhaupt kann ruhig gesagt werden, daß auf Selbungen die Löhne in der letzten Zeit sehr heruntergegangen sind. Es wäre ganz gut, wenn sich die Verlethungstelle einmal die Lohnlisten zu stellen ließe, um festzustellen, ob die Löhne noch die Höhe der in den Jahren 1907 bis 1909 verdienten haben, was wir stark bezweifeln. Strafen werden sehr viel verhängt. Man straft hier ungeniert über die von der Arbeitsordnung festgesetzten Grenzen hinaus. Trotzdem es heißt, daß nur bis zur Hälfte des verdienten Lohnes bestrast werden kann, bestrast man Arbeiter, die 3,20 Mk. Schichtlohn bekommen, mit 2 Mk. Eine Kameradschaft hat im Monat April eine Strecke im Kartplatz getrieben und 30 Meter aufgeföhrt. Der Lohn betrug ca. 4,80 Mk. Im Monat Mai hat die Kameradschaft dieselbe Arbeit verrichtet und noch 2 Meter mehr aufgeföhrt. Der Lohn betrug 3,68 Mk. Von einer Verringerung des Gehaltes ist der Kameradschaft nichts bekannt. Als sich ein Mitglied der Kameradschaft an den zuständigen Reviereiger wandte, um Auskunft über diese auffällige Geschichte zu bekommen, wurde ihm die Tür gewiesen. Als der Kamerad in Aufregung geriet und den Steiger Krüdeberg frag, was er mit den 20 Mark, die er herausbekommen habe, anfangen solle, dabei müsse doch seine Familie verhungern, wurde er sofort entlassen, weil er nicht mit 70 Mk. Lohn für 23 Schichten zufrieden sein wollte. Außerdem wurde ihm bei seiner Entlassung noch gesagt: „Ihre Kameraden bekommen noch jeder 10 bis 15 Mark. Sie aber bekommen nichts, weil Sie sich beschwert haben.“ Das ist die geübte Gewöhnung der Arbeiter. Wer da mußt, fliegt hinaus. Die Arbeiterschaft von Selbungen müde nur einmal darüber nachdenken, wo die Leiden dieser traurigen Arbeitsverhältnisse liegen. Lediglich nur in ihrer Unwissenheit. Solange man glaubt, im Werkstreuen Knappenverein mitzufahren zu müssen, solange wird es nicht anders werden. Das gilt nicht nur für Selbungen, sondern für sämtliche Kaliberwerke. Auch mit der gezeichneten Föhne und der Kriegsstrommel werden die Arbeitsverhältnisse nicht gebessert. Der Arbeiterschaft kann nur geholfen werden, wenn sie sich im deutschen Bergarbeiterverbande organisiert. Nur dort arbeitet man ehrlich und konsequent an der Gebung der Lebenslage der Bergarbeiter.

Herzmannshaus (Mansfelder Gewerkschaft). Seit längerer Zeit herrscht hier das System, die Arbeiter zu Leber-schichten anzuhalten, wobei Mittel angewendet werden, die wir nicht hiltigen können. Vor vier Wochen wurden zwei Mann entlassen, weil sie sich weigerten, nach der Mittagsschicht noch eine halbe Schicht zu machen. Weides waren Leute, die schon viele Jahre bei der Mansfelder Gewerkschaft in Arbeit gestanden haben. Wir fragen: Was es nötig, wegen einer solchen Geringfügigkeit die Leute aus der Arbeit zu bringen? Sie haben nun die vier Jahre ihre Kräfte für den Bergbau geopfert, wenn sie keine Arbeit wieder finden, wo ihre bis jetzt gezahlten Beiträge in

Anrechnung gebracht werden, so haben sie das viele Geld fast umsonst bezahlt. Ferner sind schon verschiedentlich Leute, die sich weigerten, anberthalb Schicht zu machen, mit drei Tagen Ablegung bestrast worden. Immer hilft das aber auch nicht. So weigerten sich vor ca. 14 Tagen sämtliche Leute über und unter Tage, nach ihrer Schicht länger da zu bleiben, und man mußte sie, der Not gehorchend, gewähren lassen. Die Arbeiter ersehen hieraus, daß Einigkeit stark macht. Vereint sind wir eine Macht, während ein einzelner nichts ist. Leberhaupt hat es der jetzige Betriebsführer an Versuchen, die Arbeitszeit zu verlängern, nicht fehlen lassen. Schon kurz nach seinem Antritt machte er den Versuch, die Förderer zu zwölfstündiger Arbeit anzuhalten und nur der Einigkeit derselben war es auch damals zu danken, daß der Versuch mißlang. Zwei Tage ließ man es sich gefallen, aber am dritten Tage weigerten sie sich einmütig und verlangten, nach ihrer Schicht auszufahren. Seitdem hat man es immer wieder versucht, die Schichtzeit zu verlängern, wie die vorstehend angeführten Beispiele zeigen. Damals war es kurz nach dem großen Streik und man wagte es jedenfalls noch nicht, die Bergarbeiter so zu provozieren. Heute getraut man sich im Vertrauen auf die so prätorianergarde, wieder dreifach aufzutreten, aber man soll den Wogen nicht zu straff spannen. Unter der gelben Decke gährt es gewaltig und wenn man den hineingepreßten Arbeitern nicht die Beiträge einfach mit abziehen würde, hätte man vielleicht kaum ein Viertel der jetzigen Mitglieder. Denn die Mitglieder würden einfach nicht weiter zahlen! Aber man hat aus der Vergangenheit gelernt. Der Werk-schacht und weil die Mansfelder in ihrer großen Mehrheit große Kinder sind, die alle Annenmärchen glauben, sichern den Gelben vorläufig ihren Besitz. Aber man soll nicht allzu sehr darauf pochen, denn genau wie es 1909 sich mit explosiver Gewalt entlud, kann und wird es auch in der Zukunft kommen. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß hiergegen auch alle gelben Vereine nichts helfen, denn die und ihre Angehörigen leiden unter demselben Hunger wie wir. Aber gegen all diese angeführten Mißstände hilft kein Schimpfen, denn geschimpft haben schon die Sklaven im alten Rom; hier hilft bloß der Anschluß an eine Organisation, welche rücksichtslos die Interessen seiner Mitglieder vertritt und das ist in diesem Falle der Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Süddeutschland.

Grube Martenstein. Recht eigenartige Zustände scheinen sich hier unter dem Regiment des Herrn Verwalters Fischer herauszubilden. Fast möchte man glauben, man sei wieder in die gute alte Zeit versetzt, in der die Bergknappen ihre eigene Gerichtsbarkeit besaßen, nur mit dem Unterschiede, daß hier der Herr Verwalter Fischer das Amt der Geschworenen und Schöffen höchstselber ausübt, wie das in lechter Zeit einige Male der Fall war. Wenn ein Kumpel in der Verlethung mit der Keilnerin wegen Beschulden Differenzen hat, so sollte man meinen, das ginge den Verwalter gar nichts an. Dieser aber läßt sich den Mann aus Bureau zu einem Verhör kommen, um denselben dann leichten Endes zu erklären, daß er ab 15. gekündigt sei. Wir sind der Meinung, daß sich der Verwalter lieber um andere Sachen kümmern sollte, zumal es in der Grube Mißstände genug gibt. Das wäre besser als denjenigen Kameraden die Kündigung anzudrohen, die sich in Bergarbeiterversammlungen um ihre Rechte kümmern und die Mißstände kritisieren. So z. B. könnte sich der Verwalter bei den Kumpels einen Stein ins Weite sehen, wenn er die Verschuldungen pünktlicher einhalten würde. Jetzt finden dieselben erst zwei bis drei Tage nach dem sonst üblichen Termin statt und die Arbeiter und deren Frauen müssen zwei- bis dreimal einen oft hundentlangen Weg umsonst machen. Wir wollen hoffen, daß bald Remede geschaffen wird.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Patriotische Nachwehen.

Wir leben gegenwärtig im Zeichen der Feite. Ein Fest sagt förmlich das andere. Wenn man einen Blick in die bürgerliche Presse wirft und wahrnimmt, wie Feitbericht an Feitbericht sich reiht, dann fragt man sich unwillkürlich: Wo soll das hinaus? Es gibt in der Tat fast keine Gemeinde im Industriebezirk, wo nicht eine Jubelfeier anlässlich der 25jährigen Regierungstätigkeit Wilhelms II. in die Wege geleitet wurde. Daß jedoch die Teilnahme an solchen Festlichkeiten für die Teilnehmer auch mitunter unangenehme Folgen haben kann, dafür diene folgende Begebenheit als Beweis: Am 18. Juni d. J. wurde eine im vorbestimmten Sinne arrangierte Feitlichkeit in der Gemeinde Watten-scheid veranstaltet. Ein besonders vorgefehener Fadelzug sollte dem Feste das richtige Gepräge geben. Die Feitteilnehmer nahmen nun vor dem Fadelzug Aufstellung auf dem Marktplatz und der Bürgermeister befriedete hier aufgestellten Steigturm der Feuerwehr, um eine patriotische Rede zur Feier des Tages vom Stapel zu lassen. Der Herr Bürgermeister sprach vom zweiten Stock des Turmes aus dem Fenster zu der patriotisch gesinnten versammelten Mannschaf, konnte sich aber leider mit seinem schwachen Organ keine Mühe verschaffen, so daß seine Ausführungen keine Wirkung ausübten. Dieses ging einem Fadelträger, der Mitleid mit dem Feitredner hatte, an die Nieren und mit Stentorstimme rief er über den Marktplatz, daß es laut wideralle: „Ruhe im Reichstag! Webel spricht!“ Ehe sich der tapfere Mäher im Streite verlor, hatten ihn einige kräftige Polizeimänner im Genick, die ihn verhafteten und samt seiner Fadel ins Gefängnis abführten, wo er dann bei Rumjutsch und blauem Genick darüber nachdenken konnte, was es für Folgen haben kann, wenn man den Bürgermeister, der eine patriotische Rede schwingt, mit August Webel vergleicht.

Sicherheitsmännerwahl.

Am 7. Juli findet auf Besche Centrum I u. III für Reviere II die Wahl eines Sicherheitsmannes statt. Die Wahlzeit ist morgens von 8 bis 10 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Bistlich aller dort beschäftigten Verbandsmitglieder ist es, für unseren Kandidaten einzutreten, damit nicht durch Ineresslosigkeit statt unfexes Kameraden ein Feitenrecht gewählt wird.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Bergarbeiterverhältnisse im Geisetal (Merseburg-Mühleln).

Wie sehr den Grubenverwaltungen das Wohl und Wehe der Arbeiter am Herzen liegt, davon haben sie ja schon Proben genug abgegeben. Kriegerevereine, Knappenvereine und was sonst noch alles für Vereinden wurden gegründet, alles zum „Wohle“ der Arbeiter. Aber die Arbeiter hatten immer noch nicht das richtige Verständnis für derartige „Wohlfahrtseinrichtungen“. Das soll ihnen aber jetzt beigebracht werden, denn nun marschert der Reichsverband mit folgenden gedruckten Ausfah auf die Arbeiter los: „Das Auskunfts-bureau des Reichsverbandes für Arbeiterrecht befindet sich in Halle a. S. und ist Mittwochs nachm. von 3-7 Uhr geöffnet.“ Arbeiter, merkt ihr was? Der Reichsverband will uns unsere Rechte erkämpfen helfen! Man wäre gespannt, wie eine derartige Auskunft aussehen würde. Vielleicht können wir da auch erfahren, wie wir unsere Familien mit 18 Mark Wochenverdienst ernähren sollen. Diese Löhne sind keine Seltenheit im hiesigen Reviere und auf Grube Cäcilie in Lütkendorf sind sie schon zur Gewöhnheit geworden. Aber für derartige Rückenrezepte, wie sie von Professor Föhne und Fabrikant Petters schon ausgegeben wurden, danken wir sehr, geehrter Reichsverband! Scher dich also zum Teufel mit deinem Auskunfts-bureau! Nur Spott und Höhn haben wir für ein derartiges Entgegenkommen seitens der Grubenverwaltung. Wir Arbeiter verlangen Abschaffung der bestehenden Mißstände und einen auskömmlichen Lohn für alle Arbeiter, die ehrlich gearbeitet haben, und mecht nicht mit zweierlei Maß. Man sollte doch meinen, daß wenn einer dieser Arbeit geliebert hat wie der andere, er auch denselben Verdienst hat. Das ist ja auch überall üblich, nur bei den Grubenverwaltungen nicht. Für Nebenarbeiten — die Feder sträubt sich bei diesem Worte! — zahlen die Grubenbeamten was und wenn sie wollen; Schurre einbauen, Schienen legen oder Material suchen gehört nach ihrer Ansicht zur Nebenarbeit, im übrigen kennen sie keine andere Arbeit als Kohle fördern. Wer im Knappenverein oder sonst in einem reichstreuem Vereinden ist, wer schmarozen und kabbuln kann, der findet leider bei diesen Beamten Verständnis. Wie oft hat man schon gehört, daß sich so ein Gammel — pardon: Arbeiter — beim Steiger erkundigte, wann die nächste Knappenvereinsversammlung ist, damit er sich dann als treues Schäfchen aufnehmen lassen kann. Kameraden, weidert derartige Vereinden und laßt alles Persönliche beiseite, denn damit organisieren wir uns nur auseinander. Ginein in den deutschen Bergarbeiterverband! Nur dort gehören wir hin und nur er allein vertritt unsere Interessen. Alle anderen Vereinden und Verbände erzielen nur Streikbrecher, was sie ja schon zur Genüge

Schleusen haben. Darum beherzigt die Wahrung: Organisiert euch im deutschen Bergarbeiterverband, nur er allein meint es ehrlich mit uns und erstrebt bessere Lohne- und Arbeitsverhältnisse!

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Der „christliche“ Gewerbeverein sucht Anhang.
In den Zeiten, die unser „friedliebendes Bruderorgan“, der „Bergknappe“, der ober-schlesischen Bergarbeiterbewegung und ihrem Ausgang widmet, macht sich stets tiefe Trauer bemerkbar, weil die ober-schlesischen Bergarbeiter vom Gewerbeverein nichts wissen wollen. Schon in seiner Nummer vom 21. Juni d. J. schrieb der „Bergknappe“, daß der Gewerbeverein an alle diejenigen, die demselben während des Streiks beigetreten seien, Unterstützung gezahlt habe und auch bereit gewesen wäre, noch weitere Tausende von Mark an Unterstützung zu zahlen. Der Gewerbeverein hätte also noch gerne Tausende von Mark an Unorganisierte gezahlt, aber die Vergleute verzichteten auf das Geld des Gewerbevereins. Sie taten auch gut damit, denn wer dem Gewerbeverein traut, der hat auf Sand gebaut. Erst verucht der Gewerbeverein in den Reviere, wo er keinen Anhang hat, durch Geld Mitglieder zu gewinnen, um sie dann später, wenn er sie in seiner Gewalt hat, zum Verrat zu führen. Beweis: das Verhalten des „christlichen“ Gewerbevereins bei den Kämpfen in Bayern und im Ruhr-reviere, wo er seine Mitglieder zum Streikbruch zwang und nur an solche Unterstützung zahlte, die unter-schrieben, daß sie durch die Streikenden mit Gewalt von der Arbeit abgehalten wurden. Dieses Verhalten ist den Ober-schleslern nicht fremd geblieben und darum meiden sie mit Recht diese „christliche“ Organisation.

In der Nummer vom 28. Juni d. J. schreibt nun der „Bergknappe“ über Ober-schlesien noch folgendes:
„Die Knappenarbeiter treten aus, weil sie jede Achtung für „Sich Berlin“ verloren haben. Um nun diese Leute vor dem Lebertritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückzuhalten, wollten wir denselben zeigen, was von den Sozialdemokraten zu halten ist... Die Gewerkschaften gehen nun der Polnischen Berufsvereinsung sowie „Sich Berlin“ sehr stark an den Stragen und haben an Mitglieder, was sie nur können. Die Funktionäre von „Sich Berlin“ werden in öffentlichen Versammlungen nicht mehr gehört, sie werden nieder-geschrien. Nutzen hat von all dem nur der sozialdemokratische Ver-band. Wir fragen hiermit die Behörden und die Mandatoren von „Sich Berlin“, ob es so weiter gehen soll? Will man, daß die Sozialdemokratie seinen festen Fuß in Ober-schlesien faßt, dann darf man dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter sowie den übrigen christlichen Gewerkschaften nicht so viele Schwierigkeiten bereiten. Die Zeiten, wo man durch allerlei Menschensachen die Arbeiterschaft von den Organisationen abzieht, sind endgültig vorbei. Wenn sie auf die eine oder andere Weise von den christlich-nationalen Gewerkschaften ferngehalten werden, werden sie sich der Sozialdemokratie zuwenden.“

So, so! Die „Genossen“ (damit sind unsere Verbandskameraden gemeint) gehen den anderen Organisationen an den Stragen und holen an Mitgliedern, was sie nur können. Verteufelte Kerle, diese „Genossen“, nicht wahr, Anton? Weil nun der „christliche“ Anton nicht mitbedenkt für den Streikbruchgewerbeverein, darum sollen Gendarmen und Polizeimänner, Behörden und Weistliche für den „christlichen“ Gewerbeverein agitieren. Anton, steck den Degen ein, du bist beauftragt! Zeigen wollte der „christliche“ Anton mit seinem „christlichen“ Kollegen Buchner den ober-schlesischen Bergleuten, was von der Sozialdemokratie zu halten sei. Dann — das ist genügt! — wären alle, alle Bergarbeiter in den Gewerbeverein gekommen! Man höre nur, wie der „christliche“ Buchner das macht. In „Gornit Polski“ vom 24. September 1907 schrieb Buchner, daß gewisse Sozialdemokraten Angriffe auf den Gewerbeverein machten,

„beren nur völlig vertierte Auswürfe der menschlichen Gesellschaft fähig sind. Zu diesen muß man zweifellos einen gewissen Teil der Sozialdemokraten vom alten Verband rechnen... Individuen, die so verfahren, verdienen nichts anderes, als daß man ihnen gerade in die Schnauze spuckt.“

So bekämpft Herr Buchner die „Sozialdemokraten“. Er macht sie kumpfnäßig dadurch, daß er ihnen „in die Schnauze spuckt“. Die ober-schlesischen Bergarbeiter tun auch ferner gut, sich von diesem Herrn fernzuhalten, denn er könnte auf den Einfall kommen, das „in die Schnauze spucken“ praktisch zu üben.

Saargebiet und Reichslande.

Die „ausgebrochenen Gifzähne“ der laarabilen Arbeitsordnung.

In der denkwürdigen Revierekonferenz der „christlichen“ Vertrauens-männer für das Saarreviere am 29. und 30. Dezember 1912, wo der am 15. Dezember „einigimig“ gefasste Streikbeschluss aufgehoben wurde, war es Heinrich Zmbusch, Redakteur am „christlichen“ „Bergknappen“, der ausführte, die neue Arbeitsordnung sei so gut wie befristigt; vor allem seien hier die schlimmsten „Gifzähne“ ausgebrochen worden. Herr Zmbusch betonte, daß er und sein „Freund“ Wehrmann am 21. Dezember eine Audienz beim Handelsminister gehabt hätten und habe der Handelsminister versprochen, eine „authentische Interpretation“ zur neuen Arbeitsordnung zu erlassen, die jetzt vorliege und wodurch der Anlag zum Streik befristigt sei. Er (Zmbusch) und sein Freund Giesberts, der „herrliche Sohn von Strahlen“, der „alte Gewerkschaftspraktiker“, seien am 28. Dezember von der Generaldirektion empfangen worden und habe Geheimrat Fuchs ihnen ausdrücklich versichert, daß die „Interpretation“ „rechtsverbindlich“ und jedes Gericht gebunden sei, nach den Bestimmungen der „Interpretation“ zu entscheiden. Das sagte am 29. derselbe Zmbusch, der am 23. in der „Kölnischen Volkszeitung“ berichtete, daß die Audienz am 21. keine Reviere ergebnislos verlaufen sei, und derselbe Zmbusch, der noch im „Bergknappen“ vom 28. Dezember 1912 schrieb:

„Die Bergarbeiter sind der Ansicht, daß man die Arbeitsordnung erlassen hat, um sie durchzuführen. Auch fürchten sie, daß die Ver-föhrenge mechtens von deren Nachsägern nicht eingehalten werden. Auch werden sich bei Streikfällen die Gerichte an den klaren Wortlaut der Arbeitsordnung halten.“

Diesen Artikel druckte auch die „Saarpost“ am 28. Dezember ab und bemerkte außerdem an anderer Stelle noch, daß die Gruben-verwaltung ihre neue Arbeitsordnung zurück-ziehen sollte, wenn sie wirklich gewonnen wäre, sie so zu handhaben, wie sie in der „Interpretation“ ausführte. Am 28. Dezember glaubten Zmbusch und mit ihm die gesamten „Saarpost-schreiber“ noch an die „rechtsverbindliche Interpretation“, aber am 29. rebete Zmbusch von einem „glänzenden Erfolg“, von den „ausgebrochenen Gifzähnen“ der neuen Arbeitsordnung, und nach ihm rebeten der „schlaue Diplomat“ und „marlanteste Kopf“ Siegerwald, der „alle Praktiker“ und „herrliche Sohn von Strahlen“ Giesberts, der „in Sturmes-tötern erprobte“ Effer, der „kampf- und sieggewohnte“ Hermann Zmbusch, die „sympathische Erbscheide“ Sieger, der „kühle und bejonnene Kuhn“, der „Mar denkende und redewandende“ Wal-trusch, der „tiefe denkende und überlegene“ Pirup und der „weithildende und erfahrene“ Ohliger im gleichen Sinne auf die armen „königlichen“ Bergleute ein, die aber in höchster Erregung ihre „genialen Führer“ anriefen: Lumpen! Lügner! Schuft! Verräter! Arbeiter-betrüger! usw.

Der Streikbeschluss wurde aufgehoben und die „christlich-nationale“ Presse brachte wochenlang einen Siegesartikel nach dem anderen und selbst im preußischen Landtag feierte Zmbusch den „schönen Christen-sieg“, behauptete trotz Widerspruch des preußischen Handelsministers v. Sydow, daß die Arbeitsordnung so gut wie vollständig zurückgezogen, daß ihr die Gifzähne ausgebrochen seien. Und nun bringt die „Saarpost“ in ihrer Nr. 141 vom 21. Juni von Grube Roswald die Mit-teilung, daß dort einer Anzahl Bergleuten gekündigt worden ist, weil sie zu leichte Förderwagen geladen haben, und schreibt dazu:

„Diese Kündigung ist nun in eine zeitweilige Ablegung von vier Wochen umgewandelt worden. Obgleich diese Umwandlung für die Gefändigten nicht so hart ist, wie die beabsichtigte Entlassung, ist die Ablegung von vier Wochen doch eine Strafe, die weit über das hinausgeht, was für solche Vorkommnisse gebilligt werden kann. Die Arbeitsordnung sieht doch genügend andere Möglichkeiten vor, um eine ordnungsmäßige Beladung der Förderwagen zu erlangen. Außerordentlich sonderbar muß es auch jeden Kenner der Verhältnisse im Grubenbetriebe berühren, wenn eine staatliche Grubenverwaltung zu Maßnahmen übergeht, die man auf den Privatgruben niemals in Anwendung bringt und die nicht den geringsten er-zieherischen Wert haben.“

